Nummer 1 — 16. Jahrgang

Düsseldorf, 10. Januar 1914

# Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung" erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleiter: Anton Heutmann, Düsseldorf, Cavalleriestr. 22. Fernruf 4423. Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf, Cavalleriestraße 22. Druck und Versand Joh. van Acken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 1358.

## Hoffnung.

Die Erde schläft in tiefer Ruh'.
— Sie träumt der Auferstehung zu.

Und ist verstummt auch Flur und Hain,
Einst wecken sie Wärme und Sonnenschein.

Sind auch die kleinen Sänger verflogen,
Sie kommen doch wieder zu uns gezogen.

Und wieder blühen die Blumen im Feld,
Und wieder küßt einmal der Frühling die Welt.

Grete Filling.

## Eine glänzende Rechtfertigung.

Für jeden wohlwollend und unparteiisch denkenden Menschen schien mit dem im November 1912 stattgefundenen außerordentlichen Kongreß in Essen der Gewerkschaftsstreit für die christlichen Gewerkschaften erledigt. Aber die Gegner unserer Bewegung ruhten nicht. Bald nach dem Kongreß begann zunächst die bekannte „Kölner Korrespondenz" erneut ihre Verdächtigungen. Die christliche Gewerkschaftspresse führte die Verleumdungen des Blättchens auf ihren wahren Wert zurück. Aber die Märchen der „Kölner Korrespondenz" fanden nichtsdestoweniger gläubige Leser. Die in Leipzig erscheinende evangelische Zeitschrift „Die Wartburg" brachte einen Artikel, worin die christliche Gewerkschaftsleitung des Betrugs beschuldigt wurde. Die christlichen Gewerkschaftsführer hätten in Essen ein abgekartetes Spiel getrieben. Diese „Drahtzieher der katholischen Arbeitermassen" hätten in Essen zwar radikale Töne geredet, tags zuvor jedoch in aller Heimlichkeit dem Bischof Dr. Schulte und dem Verweser der Kölner Erzdiözese, Herrn Generalvikar Kreutzwald, die weitgehendsten Versprechungen und Garantien im Sinne der Enzyklika und des „Berliner" Systems gegeben. Bei dem „Komödienspiel in Essen" seien „der Reichskanzler, die Minister der Krone Preußens und das ganze deutsche Volk in der schmählichsten Weise hinters Licht geführt" worden.

Einige Monate später eröffnete die sozialdemokratische Presse einen Feldzug in derselben Richtung. Natürlich setzte sie noch einige Unwahrheiten hinzu. Unter der marktschreierischen Ueberschrift „Mit durchschnittenen Sehnen an der Kette Roms", oder „Die verkauften christlichen Gewerkschaften" leistete sie sich folgende, geradezu alberne Verdächtigungen:

**Die rheinisch-westfälischen Großindustriellen hätten dem verstorbenen Kardinal Fischer 300 000 M. für den Peterspfennig ausgehändigt, damit dieser sich in Rom für die christlichen Gewerkschaften verwende. Daraufhin hätten sich die christlichen Gewerkschaftsführer in geheimen Abmachungen für die Wahl der Nationalliberalen in Bochum und Duisburg in den Reichstag und gegen den Bergarbeiterstreik ausgesprochen. Die christlichen Gewerkschaftsführer hätten mit den Mitgliedern ihrer Bewegung ein frivoles Spiel getrieben. Die Bergarbeiter seien verraten und verkauft worden. Dafür seien blanke Goldstücke für den Papst bezahlt worden. Für Judaslohn, für Grubenbesitzergold habe man die armen Tölpel von katholischen und evangelischen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften betrogen, verraten und verkauft.**

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hat daraufhin gegen den Redakteur der „Wartburg" und gegen mehrere sozialdemokratische Redakteure Beleidigungsklage angestrengt. Der Prozeß kam am 19., 20. und 22. Dezember des abgelaufenen Jahres vor dem Kölner Schöffengericht zur Verhandlung.

**Er endete mit einer vernichtenden Niederlage der Angeklagten und mit einer glänzenden Rechtfertigung der christlichen Gewerkschaften. Er bildet einen Abschluß des leidigen Gewerkschaftsstreites für die christlichen Gewerkschaften, wie ihn unsere Gegner wahrhaftig nicht erwartet haben und wie ihn die christlichen Gewerkschaften selber wirklich nicht besser wünschen können. Man muß der sozialdemokratischen Presse wirklich dankbar sein für den großen Triumph, den sie der christlichen Gewerkschaftsbewegung ungewollt verschafft hat.**

Die Beklagten hatten einen umfangreichen Zeugenapparat aufgeboten. U. a. wurden vernommen:

**Bischof Dr. Schulte, Paderborn; Generalvikar Dr. Kreutzwald, Köln; der Herausgeber der Kölner Korrespondenz, Dr. Kaufmann; der Redakteur dieser Korrespondenz, Kaufmann Roggendorf; Reichs- und Landtagsabgeordneter Justizrat Trimborn; Direktor Dr. Brauns; Kollege Giesberts; Kollege Imbusch; Genosse Hue; Einer der gewiegtesten Rechtsanwälte innerhalb der Sozialdemokratie, der Reichstagsabgeordnete Heine, hatte die Vertretung der Angeklagten übernommen. Alles war aufgebracht worden, um den christlichen Gewerkschaften den Todesstoß zu geben.**

Aber: ein großer Aufwand schmählich ward vertan. Trotz aller Eindringlichkeit, trotz aller Gewiegtheit und Schachzüge des Rechtsanwalts Heine ergab sich auch nicht der Schatten eines Beweises für die Richtigkeit der Beleidigungen und Verleumdungen.

**Herr Bischof Dr. Schulte, von dem Kollege Stegerwald bekanntlich die auf dem Essener Kongreß verlesene Auslegung der Enzyklika seitens einiger deutschen Bischöfe empfangen hat, wurde aus Gesundheitsrücksichten in seiner Wohnung in Paderborn vernommen und einem sechsstündigen Kreuzverhör unterzogen. Er sagte zeugeneidlich aus, irgend eine Unterwerfung unter die Enzyklika habe er weder von Stegerwald gefordert, noch habe ihm dieser eine solche schriftlich oder mündlich gegeben. Generalvikar Dr. Kreutzwald sagte unter seinem Eide am Gerichte aus, er habe mit Stegerwald, Giesberts und Dr. Brauns vor der öffentlichen Bekanntgabe der Enzyklika eine Unterredung gehabt, um diesen Herren von der Uebersetzung der Enzyklika Kenntnis zu geben, sie hinzuweisen auf die gegenseitige Bekämpfung zwischen den christlichen Gewerkschaften und den Anhängern der sogenannten „Berliner" Richtung, und um sie zu mahnen, sich nicht weiter zu befehden. Da habe Giesberts erklärt, man wolle die „Berliner" nicht weiter bekämpfen, aber wenn die christlichen Gewerkschaften angegriffen würden, würden sie sich verteidigen. „Es sind bei dieser Unterredung", so fuhr der Herr wörtlich fort, „keinerlei schriftliche Abmachungen getroffen worden, ebenso keine mündlichen." Darauf fragte der Vorsitzende, ob Stegerwald keinerlei die Enzyklika betreffende Erklärungen abgegeben habe. Darauf der Generalvikar: „Ich betone nochmals, daß weder schriftliche, noch mündliche Erklärungen abgegeben worden sind." Der Vorsitzende: „Auch später nicht?" Generalvikar Dr. Kreutzwald: „Nein, niemals, niemals!" Der Generalvikar wird auch danach gefragt, ob ihm etwas von einer Spende der Großindustrie für den Papst bekannt sei, damit sich Kardinal Fischer beim Papste für die christlichen Gewerkschaften verwende. Auch diese Frage, von verschiedenen Seiten an den Herrn gestellt, muß er stets mit aller Entschiedenheit verneinen und als vollständig ausgeschlossen hinstellen.**

**Abgeordneter Trimborn bezeichnete die Behauptungen, die christlichen Gewerkschaften hätten etwas mit der Wahl der Nationalliberalen in Duisburg und Bochum zu tun, hätten gar Geld zu diesem Zwecke erhalten, als „Räubergeschichten". Die christlichen Gewerkschaften hätten mit den Reichstagswahlen in diesen Bezirken gar nichts zu schaffen gehabt.**

**Uebrigens veröffentlichte gleich nach dem Prozeß der Vorstand der Nationalliberalen Partei in der Presse eine Erklärung, worin die Behauptungen der sozialdemokratischen Presse in das Reich der Fabel verwiesen werden.**

Kein Pünktchen von den in der „Wartburg" und in den sozialdemokratischen Blättern erhobenen Behauptungen hielt vor der strengen Untersuchung stand. Der mitangeklagte Redakteur der „Wartburg", Herr Mix, gab im Laufe der Verhandlungen folgende Erklärung ab:

**Er habe durch die Beweisaufnahme ersehen, daß er die von ihm im guten Glauben gemachten Behauptungen nicht aufrecht erhalten könne; er sei von ihrer vollständigen Haltlosigkeit heute überzeugt worden und nehme sie mit dem Ausdruck des größten Bedauerns zurück. Er verpflichte sich, einen Teil der Kosten zu tragen.**

Darauf wurde gegen ihn die Klage zurückgezogen. Die sozialdemokratischen Angeklagten konnten sich zu diesem Mut und dieser Ritterlichkeit nicht aufschwingen; sie wurden zu verhältnismäßig hohen Geldstrafen — 50 bis 500 M. — verurteilt.

So endete der Prozeß mit einer vernichtenden, blamablen Niederlage der Sozialdemokratie und ihrer Helfer, mit einem glänzenden Erfolge der christlichen Gewerkschaften. Sämtliche bürgerlichen Parteiblätter, ob sie nun unserer Bewegung freundlich oder feindlich gesonnen sind, müssen das unumwunden anerkennen.

Die vor dem Prozeß so großsprecherische sozialdemokratische Presse ist außerordentlich kleinlaut geworden. Daß sie das Ergebnis des Prozesses ins Gegenteil zu verkehren sucht, ist bezeichnend für ihre Moral. Daß ihr die Beweisführung völlig mißlungen ist, muß sie eingestehen. Sie dreht und wendet sich aber, um die gründliche Niederlage zu verdecken und selbst in einen Sieg umzuwandeln, und macht dabei eine ganz traurige Figur.

Wir aber freuen uns des Prozesses von ganzem Herzen und schließen diesen Artikel mit einem Auszuge aus einem Nachwort zu dem Prozeß, das Kollege Stegerwald in der Kölnischen Volkszeitung (Nr. 1117, Jahrg. 1913) veröffentlicht:

„Die deutsche Sozialdemokratie hat durch diesen Prozeß im Hinblick auf die künftige Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung eine bedeutende und entscheidende Schlacht verloren. Die Bedeutung des Prozesses liegt nicht auf prozessualem Gebiete, liegt nicht in der Bestrafung der sozialdemokratischen Redakteure und in der Ehrenerklärung für die christlichen Gewerkschaftsführer, sondern in der bedeutsamen Klärung der grundsätzlichen Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den wichtigsten Faktoren des öffentlichen Lebens, wie mit Recht die Kölnische Volkszeitung und die Kölnische Zeitung übereinstimmend hervorkehren.

Noch nie seit ihrem Bestehen hat die christliche Gewerkschaftsbewegung über eine so geklärte, gefestigte und unerschütterliche Position verfügt, wie in der Gegenwart. Auf dem Berliner Arbeiterkongreß wurde zu den großen Lebensfragen des deutschen Volkes und der Arbeiterschaft, soweit sie das nationale, soziale und wirtschaftliche Gebiet betreffen, klar und zusammenfassend Stellung genommen. In dem Kölner Prozeß hat der Teil der Fragen seine Klärung gefunden, die auf gewerkschaftlichem, kirchlichem und politischem Gebiete lagen. Die Sozialdemokratie hat sich in diesem Prozeß selbst die stärksten Waffen im Kampfe gegen die christliche Arbeiterbewegung aus der Hand geschlagen. Die Oeffentlichkeit sieht jetzt klar in allen Fragen, die zwischen sozialem und dem allgemeinen staats-politischen und dem kulturellen Leben einerseits und der Arbeiterbewegung andererseits zusammenspielen. Und daß die Sozialdemokratie selbst es war, die diese Klärung, soweit die letzteren Fragen in Betracht kommen, zugunsten der christlichen Gewerkschaften herbeigeführt hat, bleibt das historisch Bedeutsame an dem Kölner Prozeß.

Die christlichen Gewerkschaften haben nunmehr nach allen Richtungen hin freie Bahn; jetzt vorwärts!"

## Zur Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie.

### 1. Die Aussichten der Konjunktur.

**In den meisten und bedeutendsten Zweigen der deutschen Textilindustrie geht das Geschäft zur Zeit nicht gut. Namentlich in der Woll- und Baumwollverarbeitung hat der Geschäftsgang eine ernste Stockung erfahren. Im gesamten Wollgewerbe sind die Verhältnisse lange nicht mehr so ungünstig gewesen. Es fehlt nicht an beachtenswerten Stimmen, die sich mit dem Beginn des Frühjahrs eine Besserung versprechen. Die Tatsache, daß in mehreren Bezirken unlängst erst Produktionseinschränkungen beschlossen wurden, spricht nicht gegen jene zuversichtlichen Stimmen. Der Verband süddeutscher Baumwollindustrieller, der in den ihm angeschlossenen Webereien vom 1. Januar an eine Produktionseinschränkung für die Dauer des ersten Quartals dieses Jahres von pro Woche einen Tag eintreten ließ, hofft damit über die schlechte Zeit hinwegzukommen. Gewiß ist die „Wettervorhersage" im Wirtschaftsleben immer eine zweifelhafte Sache, da der Beschäftigungsgrad immer vor einer Reihe von vorher nicht sichtbaren, mitunter plötzlich auftretenden Faktoren beeinflußt wird, jedenfalls sind**

aber die nächsten Zukunftsaussichten durchaus nicht trostlos. Die „Düsseldorfer Zeitung" hat unlängst einige führende Persönlichkeiten aus der rheinisch-westfälischen Großindustrie nach ihrer Meinung über die Geschäftsaussichten befragt. Die Antworten waren im allgemeinen ziemlich optimistisch gehalten. Nun liegt ja solchen Aeußerungen manchmal eine bewußte Tendenzmacherei zugrunde, sei es, daß man die Klagen der Arbeiter über Arbeitslosigkeit, ihre Forderungen an Staat und Gesellschaft hinsichtlich der Arbeitslosenfürsorge dadurch abschwächen will, sei es, daß man dem Schwinden des Vertrauens in die Kreditfähigkeit und Gewinnmöglichkeiten der Werke Einhalt tun möchte, oder sei es auch, daß hinter diesen Stimmungsbildern andere Interessengründe einer bestimmten Clique stecken. Immerhin sind diese Stimmen doch sehr beachtenswert, da sie u. E. nicht einer begründeten Unterlage entbehren. Bemerkenswert ist auch, daß der als guter Beobachter des Wirtschaftsmarktes bekannte Richard Calliwer die Aussichten für die nächste Zeit durchaus nicht ungünstig beurteilt.

Vor allem wird die bereits erfolgte Verbilligung des Geldes belebend wirken, um so mehr, wenn, was man annehmen darf, noch eine weitere Herabsetzung des Zinsfußes erfolgt. Die Aussichten für den Baumarkt sollen durchaus gut sein. Man darf auch nicht außer acht lassen, daß innerhalb der Börsenspekulation und namentlich in den ungesundesten Erscheinungen am Bau- und Terrainmarkt eine gründliche Säuberung vorgenommen worden ist. Die dadurch zu erwartende Belebung wird auf das Eisengewerbe und dann auch auf die Textilindustrie einwirken. Voraussichtlich wird sich auch der Export heben. Aus zwei Gründen: die im Balkankriege verwickelten Länder werden Waren kaufen müssen. Wenn sich die Beendigung des Balkankrieges auf das deutsche Industrieleben nicht eher fühlbar gemacht hat, so ist das ziemlich verständlich, denn zunächst hat die politische Beunruhigung auch nach dem Kriege noch lange angehalten, dann aber waren die Sieger sowohl als auch der Besiegte im ganzen Lande völlig erschöpft. Die Erholung kann nicht plötzlich vor sich gehen, sondern nur allmählich, und vor allem ist so lange kein flotterer Warenzustrom zu erwarten, als nicht die von den Staaten beabsichtigten Reformen und die finanzielle Sanierung sichergestellt worden sind.

Wirken die hier angedeuteten Umstände unzweifelhaft belebend auf die Textilindustrie ein, so kommt für sie noch als günstiges Moment hinzu, daß die Vereinigten Staaten Nordamerikas ihre Zölle nicht unerheblich ermäßigt haben. Das bisherige Hochschutzzollsystem der Vereinigten Staaten hat vor allem das Geschäft der Textilindustrie dorthin wesentlich beeinträchtigt. Daß sich die Zollermäßigung auf die deutsche Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten nicht sogleich bemerkbar machte, ist nicht verwunderlich. So schnell und gleichmäßig erfolgt die Reaktion auf dem Warenmarkte nicht. Zunächst hat die Zollermäßigung auf das amerikanische Wirtschaftsleben naturgemäß etwas störend gewirkt. Diese Störung wird jedoch bald weichen.

Die vorhandene Schlappe in der Baumwollverarbeitung ist zum großen Teil zurückzuführen auf die verschlechterten Ausfuhrverhältnisse des vergangenen Jahres, also auf eine Ueberproduktion. Diese sucht man nun durch Betriebseinschränkungen auszugleichen. Auch die Unsicherheit und Preistreibereien auf dem Rohstoffmarkte hat das Geschäft wesentlich beeinträchtigt, es ist jedoch zu hoffen, daß in den kommenden Wochen schon diese Unsicherheit weicht und auch die Preise eine Stetigkeit erfahren. Für die Wollindustrie kommts sehr darauf an, wie die neuen Kollektionen ausfallen und daß die bekannten Differenzen zwischen Herstellern und Abnehmern bald erledigt werden. Eine Veranlassung zu übertriebenem Pessimismus besteht nicht. Vor allem sollte die Textilarbeiterschaft an dem Ausbau ihrer gewerkschaftlichen Organisation arbeiten, um für alle Fälle eine starke Stütze und Rückendeckung zu haben. Also keine Kopfhängerei, sondern eifriges gewerkschaftliches Arbeiten. Die nächsten Zukunftsaussichten sind durchaus nicht trostlos.

Zur Zeit haben wir allerdings noch mit einer großen Stockung im textilen Geschäftsleben zu rechnen. Ueber ihre Ursachen haben wir uns in der „Textilarbeiter-Zeitung" eingehend ausgesprochen. Der schlechte Geschäftsgang beeinträchtigt die Verdienstmöglichkeit des Textilarbeiters außerordentlich. Einschränkung der Arbeitsdauer um Stunden und Tage, selbst bis zu vier Tagen in der Woche, Warten auf Kette und Schuß, Verarbeitung schlechten Materials, Verschärfung der Strafen und andere Dinge schmälern Hunderttausenden von Textilarbeitern den Verdienst und die Lebenshaltung, vergällen Tausenden von Textilarbeitern ihren Beruf. Noch schlimmer sind diejenigen unserer Berufsgenossen daran, die infolge der Geschäftsstockung entlassen wurden und tage-, wochenlang arbeitslos herumlaufen. Wer früh genug den Weg in die gewerkschaftliche Berufsorganisation gefunden hat, ist vor der nacktesten Not durch die Verbandsunterstützung geschützt. Aber Tausende haben diese Einsicht nicht besessen. Um so entschiedener erheben wir unsere Forderung an Staat und Gemeinden auf Schaffung einer großzügigen Arbeitslosenfürsorge. Der dritte Deutsche Arbeiterkongreß hat die Forderungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft dargelegt. Auch wir Textilarbeiter haben die Pflicht, im Interesse unserer arg bedrängten Kolleginnen und Kollegen unseren Teil zur Verwirklichung der Kongreßforderungen beizutragen.

## Kongreß für Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege.

Die Verhandlungen des dritten Deutschen Arbeiterkongresses über die Wohnungsfrage haben wieder die Aufmerksamkeit weiter Volkskreise auf dieses Gebiet gelenkt. Der Ausbau der Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege wird zweifellos in nächster Zeit nicht nur in Preußen, sondern im ganzen Reiche das Interesse und die Arbeit aller derer in Anspruch nehmen, denen es ernst ist um eine wirksame Wohnungspflege. Daß die Arbeiterschaft hierbei nicht fehlen wird, ist schon allein dadurch begründet, daß gerade ein großer Teil unserer Standesgenossen in mangelhaften und schlechten Wohnungen, in der Stadt wie auch auf dem Lande, mit den Familien ihr Leben zu fristen gezwungen ist. Welche Aufgaben hier der Erledigung harren und wie sie praktisch und am erfolgreichsten in Angriff genommen werden können, hat der dritte Deutsche Arbeiterkongreß gezeigt.

In diesem Artikel soll die Aufmerksamkeit auf eine andere Tagung gelenkt werden, die sich ebenfalls mit der Wohnungsfrage beschäftigte. Die Zentralstelle für Volkswohlfahrt hatte auf den 2. bis 4. Dezember einen Kongreß nach Charlottenburg einberufen, auf dem erste Autoritäten, besonders hervorragende Wohnungsinspektoren und Kommunalbeamte, referierten. Staatsminister von Möller leitete den Kongreß und konnte etwa 300 Teilnehmer aus allen Teilen des Reiches begrüßen, von denen die meisten Städte, Kreise, Krankenkassen und Versicherungsanstalten, Berufs- und Baugenossenschaften und Berufsorganisationen vertraten. Etwa 20 in der Wohnungspflege oder in sozialen und charitativen Vereinen tätige Frauen und Wohnungsinspektorinnen waren anwesend. Die Vertreter der Regierungen und Behörden, die zunächst berufen sind, die Wohnungsreformarbeit in die Hand zu nehmen, können und müssen mit dem Volke, den Baugenossenschaften, Frauen- und Wohltätigkeitsvereinen, Krankenkassen, Arbeiter-, Angestellten- und Aerzteverbänden Hand in Hand arbeiten.

Aus dem ersten Referate, gehalten vom Oberbürgermeister Dominicus-Schöneberg, ist festzuhalten, daß die Wohnungsaufsicht organisiert und systematisiert sein muß, um der öffentlichen Verwaltung einen ständigen, genauen Ueberblick über den Wohnungsmarkt und die Einsicht in die Wohnungsmängel zu verschaffen, da eine solche eingehende Kenntnis immer die Voraussetzung für eine positive Wohnungsreformarbeit sein soll. Die Wohnungsaufsicht soll sich nicht beschränken auf die Beseitigung der ihr bekannt gewordenen Mängel, sondern auch auf die Verhütung der Mängel in neu zu errichtenden Wohnungen, besonders in den Städten bedacht sein. Da aber der größte Teil der mangelhaften und gesundheitsschädlichen Wohnungen nicht ohne weiteres beseitigt werden kann, so muß die ständige Erziehung und Belehrung über Sauberkeit, Luft und Licht einhergehen. Diese äußerlich nicht sichtbare Kleinarbeit bedeutet ein großes Stück wichtiger Volkserziehung und Förderung der Volksgesundheit.

Einen Ueberblick über die „Organisation der Wohnungsaufsicht in Stadt und Land" gab Dr. Altenrath-Charlottenburg. Die süddeutschen Staaten Hessen, Bayern und Württemberg haben im letzten Jahrzehnt erfolgreiche Anstrengungen gemacht, die Wohnungspflege und Wohnungsaufsicht zu organisieren, dagegen ist Preußen ganz erheblich im Rückstande geblieben. Nur eine einheitliche Regelung für das ganze Land, die den einzelnen Gemeinden die Ausübung der Wohnungsaufsicht zur Pflicht macht, kann durchgreifende Aenderung und Erfolg auf der ganzen Linie garantieren. Deshalb ist der preußische Wohnungsgesetzentwurf zu begrüßen. In mehr oder weniger starker Ausprägung enthält er die wichtigsten Grundgedanken, die die Entwicklung und die Organisationen herausgebildet haben. Die bisherige Entwicklung hat gezeigt, daß ein besonderer Verwaltungsapparat einheitlich und systematisch ausgebaut werden muß, während anderseits eine Vertiefung des Wohlfahrtsgedankens und eine weitere und allgemeine Wohlfahrtspflege zu suchen und zu zentralisieren ist. Hieraus würde sich notwendig ein Landeswohnungsamt ergeben.

Landeswohnungs-Inspektor Gretzschel-Darmstadt referierte über die Wohnungsordnung als Grundlage der Wohnungsaufsicht und verlangt hierzu, daß überall Mindestvorschriften erlassen werden, die sich beziehen auf die Zahl, Größe, technische und hygienische Beschaffenheit der einzelnen Räume, der Nebenräume und der Zugänge. Die Forderungen der Sittlichkeit in der Art der Bewohnung müsse in einer Ordnung unter Aufsicht gestellt werden. Es könnten sich auf diesem Gebiete mehrere Kommunalverbände (Städte, Kreise rc.) verbinden. Auch müsse die Frage der Ueberfüllung der Wohnungen durch Mindestforderungen, ganz besonders auch die Beschaffenheit der Räume für Dienstboten, Gehilfen und Lehrlinge in den Vorschriften geregelt werden. Zur Bekämpfung der mit dem Schlafstellenwesen verbundenen gesundheitlichen und sittlichen Mißstände ist zu fordern, daß „Schlafstellenordnungen" durch die Polizei erlassen werden, worin der Meldezwang, das Alter und Geschlecht der Schlafleute, sowie auch die Zahl, Art und Größe der von der eigenen Familie benutzten Räume angegeben werden.

Von Verständnis und Volkstümlichkeit getragen waren auch besonders die Ausführungen des Generalsekretärs Hofrat Dr. Busching-München, der besonders über die Pflege der Wohnungen der Minderbemittelten referierte. In aller Kürze betrachtet, sagte er ungefähr folgendes: Aus den verschiedenen Umständen heraus hat die Wohnungsaufsicht immer einen mehr oder minder polizeilichen Charakter, dagegen wendet sich die Wohnungspflege mehr an die Hausbewohner, besonders an die Hausfrauen. Unterrichtend, helfend und anleitend wirkt die Pflege vornehm und human, besonders an der Beseitigung von alten Wohnsitten und Mängel auf dem Lande wie in den dichtbevölkerten Großstädten. Sie soll den Charakter sozialer Hilfsarbeit haben und in der Pflege für Tuberkulöse, Säuglinge, Trinker, Kranke, Wöchnerinnen, Arme vorsorgend oder ergänzend arbeiten. Die Wohnungspflege kann nur im Rahmen der allgemeinen sozialen Fürsorgetätigkeit wirkungsvoll sein und muß in allen Fällen der Not, Krankheit und Hilflosigkeit mit Rat und Tat eingreifen. Nicht selten ist die mangelhafte Instandhaltung z. B. der Arbeiterwohnungen zurückzuführen auf einzelne Fälle der Unkenntnis, meistens jedoch auf Armut, Fabrikarbeit der Frau und große Kinderzahl. Deshalb werden Wohnungspflegerinnen, welche den Bedrängten in schwierigen Lagen behilflich sind und aufklärend wirken, immer freundliche Aufnahme und meistens auch Verständnis finden. Dadurch wird dann der Boden überall für die systematische Wohnungspflege geebnet werden. Es soll deshalb weniger durch theoretische Belehrung als durch praktisches Zugreifen in der Pflege der Kleinwohnung getan werden, damit auch dauernd der Sinn an ordentliches Wohnen wach gehalten wird. Demnach entscheidet sich auch die Frage, ob akademisch gebildete oder praktisch erfahrene Frauen in der Wohnungspflege den Vorrang haben sollen. Die Anstellung von Organen der Wohnungspflege ist auch besonders von Arbeiterbauvereinen zu empfehlen, da die Unkosten durch die Hilfe und Pflege vielseitig wieder herein kommen und auch zur Ständigkeit, Belehrung und Bildung auf den verschiedensten Gebieten beitragen. ah.

## Friede im Krankenkassenstreit.

In der vorigen Nummer der „Textilarbeiter-Zeitung" haben wir kurz von der erfreulichen Tatsache Mitteilung gemacht, daß in letzter Stunde noch zwischen Aerzten und Krankenkassen eine Einigung zustande gekommen ist. An den am 23. Dezember in Berlin unter der Leitung des Reichsamt des Innern stattgefundenen Verhandlungen nahmen Teil auf seiten der Aerzte der „Deutsche Aerztevereinsbund E. V., Berlin" und der „Verband der Aerzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen in Leipzig", auf seiten der Versicherten der nationale „Gesamtverband deutscher Krankenkassen E. V., Sitz Essen", der „Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen E. V. in Dresden" und der „Betriebskrankenkassenverband in Essen". Die hier im Wortlaut folgenden Vereinbarungen sind nachträglich an die Aerzteorganisationen angenommen worden.

1. Bei dem Versicherungsamt oder bei einer anderen Behörde wird ein Aerzteregister eingerichtet, in das sich jeder Arzt, der Kassenpraxis betreiben will, einerlei ob er einer Organisation angehört oder nicht, einzutragen hat. Nähere Bestimmungen über die Eintragung bleiben örtlicher Vereinbarung vorbehalten. Nur die im Register eingetragenen Aerzte dürfen zur Kassenpraxis zugelassen werden. Die Auswahl der Zuzulassenden erfolgt von Fall zu Fall durch Verständigung der Vertreter der Kassen und der Vertreter der im Arztregister eingetragenen Aerzte nach Maßgabe vorher vereinbarter, im Einvernehmen mit dem Oberversicherungsamt festzustellender Regeln. Dabei gelten diejenigen Aerzte, die bisher Kassenpraxis ausgeführt haben, als im Arztregister eingetragene Aerzte und sind in demselben von Amts wegen zu führen. Bei Streit über die Zulassung entscheidet unter Vorsitz eines Beamten (zum Beispiel des Vorsitzenden des Versicherungsamtes) ein paritätisch besetzter Ausschuß, dessen Mitglieder aus dem Aerztestande in ihrer Mehrheit zur Kassenpraxis zugelassene Aerzte sein müssen. Ein eingetragener Arzt, der dreimal ohne wichtigen Grund eine ihm angebotene Arztstelle bei einer beteiligten Kasse ablehnt, kann im Arztregister gestrichen werden.

2. Soweit nicht bei einer Kasse oder einem Kassenverband (§§ 406 bis 413 der Reichsversicherungsordnung) grundsätzlich alle im Arztregister eingetragenen Aerzte zur Kassenpraxis zugelassen sind, sind soviel Aerzte anzustellen, daß mindestens auf je 1350 Versicherte, bei Familienbehandlung auf je 1000 Versicherte ein Arzt entfällt. Unter den bei einer Kasse oder einem Kassenverbande zugelassenen Aerzten soll, wenn nichts anderes bestimmt ist, den Versicherten die Auswahl freistehen.

3. Die Art der Vergütung der ärztlichen Leistungen einschließlich der Fuhrkosten wird der Regelung durch die Einzelverträge überlassen. Bei der Festsetzung der Vergütungen ist daran festzuhalten, daß dieselben unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse sowohl der Leistungsfähigkeit der Kassen als auch der Ansprüche der Aerzte auf eine nach Form und Höhe angemessene Entschädigung Rechnung tragen müssen.

4. Die Kassen innerhalb des Bezirks eines Versicherungsamtes und die innerhalb dieses Bezirks zur Kassenpraxis zugelassenen Aerzte bilden je eine Vereinigung zur Wahl eines Vertragsausschusses, dem nur zur Kassenpraxis zugelassene Aerzte angehören dürfen und dem die Vorbereitung der Arztverträge obliegt. Die Verträge selbst werden zwischen der Kasse (oder dem Kassenverband) und dem einzelnen Arzte geschlossen. Die Gültigkeit eines solchen Vertrages darf nicht von der Genehmigung einer anderen Organisation als der in Absatz 3 erwähnten abhängig gemacht werden.

5. Soweit über den Abschluß neuer Verträge keine Einigung erzielt wird, unterwerfen sich die Aerzte und Kassen dem Spruche eines paritätisch gesetzten Schiedsamts mit beamtetem Vorsitzendem darüber, welche Bedingungen als angemessene dem Vertrage zugrunde zu legen sind.

Hinsichtlich des Arztsystems bewendet es unbeschadet der Bestimmung unter Nummer 7 bei dem jeweils bestehenden Zustand. Eine Aenderung des Arztsystems soll

eintreten, wenn beide Teile, die Kasse und die bei der Kasse zugelassenen Aerzte, darüber einig sind oder, wenn bei mangelnder Einigung beider Teile ein wichtiger Grund vorliegt. Beim Widerspruch der bisher bei einer Kasse zugelassenen Aerzte gegen eine von der Kasse erstrebten Aenderung des Arztsystems kann die mangelnde Zustimmung der Aerzte durch einen Mehrheitsbeschluß, der dem Vertragsausschuß (Nummer 4 Absatz 1) angehörigen Aerzte ergänzt werden. Bei Streit darüber, ob ein wichtiger Grund vorliegt, entscheidet das Schiedsamt (Absatz 1.). Die Entscheidung des Schiedsamts bindet beide Teile.

6. Beim Streit aus abgeschlossenen Verträgen entscheidet ein paritätisch zusammengesetztes Schiedsgericht endgültig und für beide Teile bindend; für vermögensrechtliche Ansprüche kann der Rechtsweg vorbehalten werden.

7. Bestehende Verträge zwischen Kassen und Aerzten bleiben, soweit nicht die Bestimmungen in Nummer 11 Platz greifen, unberührt. Die Bestimmungen dieses Abkommens sind in den Fällen nicht anzuwenden, in denen vor dem 24. Dezember 1913 zwischen Aerzten und Krankenkassen eine Vereinbarung, vorbehaltlich der Genehmigung der Zentrale des Leipziger Verbandes, zustande gekommen ist.

8. Auf die Regelung der Beziehungen zwischen Aerzten und den Betriebskrankenkassen der Eisenbahnverwaltung und auf die Regelung der Beziehungen zwischen Aerzten und den knappschaftlichen Krankenkassen finden die Bestimmungen dieses Abkommens keine Anwendung.

9. Es bleibt vorbehalten, bei der Ausführung dieses Abkommens im Einvernehmen mit den Beteiligten zu prüfen, inwieweit die Verhältnisse der Landkrankenkassen und der an ihre Stelle tretenden Ortskrankenkassen noch besondere Bestimmungen erforderlich machen.

10. Die vertragsschließenden Teile verpflichten sich, die Stellungnahme ihrer Organisationen zu diesem Abkommen bis zum 29. Dezember 1913 vormittags dem Reichsamt des Innern anzuzeigen. Ist beiderseits Zustimmung erfolgt, dann wird die ärztliche Vertragszentrale (Leipziger Verband) a) den Abschluß von Verträgen dort, wo Aerzte und Kassen über die Vertragsbedingungen einig sind, sofort zulassen, b) bei neuerrichteten Kassen eine vorläufige Ordnung der ärztlichen Versorgung fördern, c) darauf hinwirken, daß dort, wo bei schon bestehenden Kassen eine Einigung zwischen Aerzten und Kassen noch nicht erzielt ist, die Vertragsverhandlungen gefördert werden, und bis zu deren Abschluß die alten Verträge weiter gelten.

11. Beide Vertragsteile werden bemüht sein: a) auf die alsbaldige Entbindung derjenigen Aerzte von der kassenärztlichen Tätigkeit am Orte Bedacht zu nehmen, die die Kassen während der jetzigen Vertragsstreitigkeiten von auswärts zugezogen haben und mit denen sie rechtsgültige Verträge geschlossen haben, b) für die anderweitige Unterbringung dieser Aerzte zu sorgen, c) auf eine möglichst baldige Lösung dieser Verträge hinzuwirken, d) die dabei notwendig werdenden Abfindungen zu vereinbaren. Diese Verhandlungen sollen von beiden Vertragsteilen gemeinschaftlich geführt werden, wobei vorausgesetzt wird, daß die Regierungen deren Bemühungen unterstützen werden. Die entstehenden Kosten übernimmt der Leipziger Verband unter der Voraussetzung, daß die Verbände der Kassen ihren Einfluß dahin geltend machen, daß allenthalben die Kassen zu dem Arzthonorar für diesen Zweck einen Zuschlag von jährlich 5 Pfg. auf den Kopf der Versicherten bewilligen. Durch diesen Zuschlag soll die Hälfte der Kosten gedeckt werden.

12. Zur Durchführung dieses Abkommens und zur Entscheidung von Streitigkeiten, die daraus entstehen, wird ein paritätisch besetzter Zentralausschuß in Berlin eingesetzt, dessen Vorsitzenden der Staatssekretär des Innern ernennt. Bei der Besetzung des Ausschusses wird auf entsprechende Mitwirkung des beteiligten Bundesstaates Bedacht genommen.

13. Dieses Abkommen gilt vom 1. Januar 1914 bis zum 31. Dezember 1923 und von da an auf unbestimmte Zeit weiter unter dem Vorbehalt einjähriger Kündigung, die nur auf den 1. Januar zuständig ist. Im Falle einer Kündigung soll der Zentralausschuß alsbald Verhandlungen einleiten, um ein neues Abkommen vorzubereiten.

Zu Nr. 7 der Vereinbarungen ist noch folgendes zu bemerken: Es besteht Einigkeit unter den Vertragschließenden darüber, daß die Bestimmung auch auf Verträge Anwendung findet, welche ohne Kenntnis dieser Vereinbarung bis zum Ablauf des 28. Dezember 1913 abgeschlossen sind.

Die beteiligten Regierungen werden bemüht sein, die ordnungsmäßige Durchführung dieses Abkommens in den Grenzen ihrer gesetzlichen Befugnisse nach Möglichkeit zu fördern. Für das Königreich Preußen hat die Regierung bereits ihre Bereitwilligkeit hierzu öffentlich zu erkennen gegeben. Der Herr Staatssekretär des Innern verpflichtet sich, das gleiche bezüglich der übrigen Bundesstaaten sobald als möglich zu bewirken.

Der „Leipziger Aerzteverband" hat dem vorstehenden Abkommen in seiner außerordentlichen Versammlung in Leipzig am 28. Dezember zugestimmt, ebenso auch die Vorstände der obengenannten Krankenkassenverbände.

Damit ist der Friede wohl gesichert und die örtlichen Verhandlungen der Kassen mit den Aerzten können auf der vorgezeichneten Grundlage alsbald zum Abschluß gebracht werden.

Für unsere Kollegen aber, die in den verschiedensten Krankenkassen als Ausschuß- und Vorstandsmitglieder amtieren, erwächst nunmehr die Pflicht, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß der Anschluß ihrer Kasse an den nationalen „Gesamtverband deutscher Krankenkassen (Geschäftsstelle Köln, Venloerwall 9)" alsbald erfolgt. Dieser Verband hat die Interessen der Krankenkassen bei dem Streite mit den Aerzten in erfolgreicher Weise wahrgenommen. Nach § 414 der RVO. muß über die Verwendung von Kassenmitteln für den Verband bei den Vorstandsmitgliedern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite getrennt abgestimmt werden. In beiden Gruppen muß sich die Stimmenmehrheit für die Aufbringung der Mittel erklären. Dort, wo die Kollegen im Vorstand in der Minderheit sind, mögen sie bei den Arbeitgeber-Vertretern darauf hinwirken, daß nicht etwa der Anschluß an den sozialdemokratischen „Hauptverband der Ortskrankenkassen, Sitz Dresden" erfolgt. Zu ihrer Weiterbildung ist ein Abonnement auf die Zeitschrift des nationalen Krankenkassenverbandes, betitelt: „Die Krankenversicherung" durchaus zu empfehlen. Dieselbe kostet vierteljährlich nur 1.25 M. und kann bei jeder Postanstalt bestellt werden.

# Allgemeine Rundschau.

### Verschleppung im Röhling-Prozeß?

Der sozialdemokratische „Textilarbeiter" will unsere Notiz in Nr. 51 nicht wahr haben. Ihm wird von „beteiligter Seite" eine andere Darstellung eingesandt. Diese „beteiligte Seite" wird wohl Röhling selbst sein, der ja seit Monaten lediglich die sozialdemokratische Presse zu seinen „Erklärungen" benutzt.

Man sollte meinen, daß Jemand, der so ungeheuerliche Verdächtigungen in die Welt hinein posaunt, wie Röhling es tat, sofort in der Lage sein müßte, für seine Behauptungen einzustehen und sie zu beweisen. R. ließ aber nicht nur die ihm vom Gericht zur Klagebeantwortung gesetzte mehrwöchentliche Frist verstreichen, sondern beantragte am Schluß derselben eine Verlängerung dieser Frist um 2 Monate. Das sieht doch wirklich nicht sehr nach beabsichtigter Beschleunigung aus. Richtig ist, daß die Gegenseite die bewilligte einmonatige Fristverlängerung nicht ausnutzte, allein, wenn R. seine „Erklärung" bereits am 13. November 1913 dem Gericht eingesandt hat, so ist darauf zu erwidern, daß sie erst anfangs Dezember in die Hände der Kläger kam. Als einige Tage später feststand, daß die Genehmigung des Reichstags erforderlich sei, war diese, da das Gericht im vorliegenden Falle den Instanzenzug einhalten muß, in der Tat vor den Weihnachtsferien nicht mehr zu erhalten. Dazu war es zu spät.

Wenn Röhling ferner wieder einmal in seiner bekannten Manier, ohne eine Ahnung zu haben, frischweg behauptet: „Schiffer hat in der Sache nichts getan", so sei ihm erwidert, daß er sich über das Gegenteil vielleicht ein wenig wundern wird.

### Entlarvt.

Der vor dem Kölner Schöffengericht verhandelte Prozeß der christlichen Gewerkschaften hat auch insofern einen schätzenswerten Erfolg gezeitigt, als er die bekannte „Kölner Korrespondenz" vor aller Welt bloß gestellt hat. Die Herren Kaufmann als Herausgeber und Roggendorf als Schriftleiter des Blättchens waren von den Beklagten als Zeugen geladen worden, wohl in der Erwartung, daß sie allerhand Geheimnisse auskramen und auf Grund ihrer „vorzüglichen Verbindungen in den höchsten Kreisen" das „heuchlerische Spiel der christlichen Gewerkschaftsführer" aufdecken könnten. Aber mit diesen Zeugen haben die Beklagten einen gründlichen Hereinfall erlebt.

Die „Kölner Korrespondenz" war seit langem für alle Gegner unserer Bewegung, vor allem aber für die sozialdemokratische Presse, eine wahre Waffenschmiede im Kampfe gegen die christlichen Gewerkschaften. Sie stellte ihre Behauptungen mit einer Kühnheit und Sicherheit auf, wußte immer wieder von angeblich außerhalb der Oeffentlichkeit sich abgespielten Vorgängen zu berichten, daß es den Anschein erweckte, sie wüßte tatsächlich über viele Dinge genaueren Bescheid und bezöge ihre Informationen aus hohen kirchlichen Kreisen. Nur dadurch konnte das Blättchen immerhin hier und da einige Verwirrung und Beunruhigung anrichten und in einem Teil der bürgerlichen Tagespresse eine gewisse Bedeutung und Glaubwürdigkeit erlangen. Nun hat sich aber am Gericht herausgestellt, **daß die Hintermänner der „Kölner Korrespondenz" die Oeffentlichkeit ganz geschickt hinters Licht zu führen verstanden haben,** daß sie auch nicht die geringsten Verbindungen im angedeuteten Sinne besitzen und über die Dinge nicht mehr unterrichtet waren als irgend eine ybeliebige Person. **Ihre mit viel Wichtigkeit und Geheimnistuerei in die Welt gesetzten „Enthüllungen" waren vollständig aus den Fingern gesogen.** Die Herren Kaufmann und Roggendorf konnten am Gericht auch rein gar nichts beweisen. Was sie inbezug auf Unterwerfung der christlichen Gewerkschaften behauptet haben, waren nur Vermutungen, Phantasieprodukte. Sie mußten am Gericht unter Eid aussagen, daß sie absolut keine Tatsachen zur Begründung der geradezu ungeheuerlichen Vorwürfe gegen die christlichen Gewerkschaftsführer anzugeben hätten.

Die Bedeutung des politischen Sensations- und Skandalblättchens ist vor dem Kölner Gericht elendig zusammengebrochen. Dieses Ergebnis des Kölner Prozesses ist auch für die Blätter nicht gerade erbaulich, die die Kaufmannsche „Korrespondenz" immer als Materialquelle benutzten. Als Entschuldigung für sie kann man allerdings den Umstand gelten lassen, daß die sehr geschäftigen Leute der „Kölner Korrespondenz" außerordentlich dreist zu täuschen verstanden. Es ist korrekt und ehrenhaft von jenen Blättern gehandelt, daß sie nunmehr die „Korrespondenz" glatt abschütteln und ihr jede Glaubwürdigkeit und Bedeutung für die Zukunft absprechen. Die „Kölnische Zeitung" (23. Dez. 1913) schreibt, daß Dr. Kaufmann „nur subjektive Schlußfolgerungen, aber keine sachlichen Unterlagen habe". Und auf diese „subjektiven Schlußfolgerungen" gibt die K. Z. nicht viel. Die der rheinisch-westfälischen Großindustrie nahestehende liberale „Düsseldorfer Zeitung" (23. Dez. 1913), die die „Kölner Korrespondenz" früher öfters benutzt hat, gießt Spott und Galle über sie aus und bemerkt ganz bitter, daß Kaufmann in seinem Kampfe gegen die christlichen Gewerkschaften „Schiffbruch gelitten" habe. Er habe in seiner Aussage über die Beziehungen zwischen Episkopat und Gewerkschaften sehr viel mit der „Logik" gewirtschaftet; man verstehe es auch, wenn er die Logik zu Hilfe nehme, es sei aber nicht die Logik der Tatsachen, sondern die Logik der Phantasie.

Die Kaufmannsche „Kölner Korrespondenz" ist moralisch tot. Für die auf Anständigkeit haltenden Blätter ist sie fertig. Nur, daß sie der sozialdemokratischen Presse noch als Waffenschmiede dienen kann. Wenn die Leute der „Korrespondenz", der katholische Geistliche Dr. Kaufmann und der extra-katholische Kaufmann Roggendorf damit zufrieden sind — gut, uns kann's recht sein, denn unserer Bewegung werden die demaskierten Herren keinen Schaden mehr antun können.

### Ein Bischof zur Gewerkschaftsfrage.

Auf dem letzten Kongreß der amerikanischen Gewerkschaften, der American Federation of Labor, hielt der Bischof John P. Caroll aus Helena, Montana, eine Rede, die ein hohes Verständnis für die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung bekundet und darum erwähnt zur werden verdient.

Der hohe Redner bezeichnete als eine „seltene Auszeichnung", vor mehr als zwei Millionen amerikanischer Arbeiter sprechen zu dürfen. Er danke diesen im Namen der Menschlichkeit für alles, was sie für den sozialen Fortschritt getan hätten. Ueber 75 Prozent der Wohlfahrtsgesetzgebung der einzelnen Unionsstaaten seien unmittelbar den Anstrengungen der organisierten Arbeiterschaft zu verdanken. Er könne denen keine Sympathien entgegenbringen, die immer an den Gewerkschaften herum zu kritisieren haben, sie als Friedensstörer betrachten und der Ausübung von Gewaltakten und der Tyrannei bezichtigen. Die organisierte Arbeiterschaft sei nicht nach Ausnahmefällen, sondern als Ganzes zu beurteilen und so betrachtet, seien ihre Ziele und Absichten lobenswert.

Der Redner erkannte weiter an, daß die Gewerkschaften aus den Verhältnissen herausgewachsen und eine natürliche Folge der Bedrängnisse seien, in die die Arbeiterschaft durch die kapitalistische Entwicklung geriet. Die Achtung vor dem Arbeiter als Mensch, die Achtung vor der Kindheit, vor der Würde der Frau, vor dem Heiligtum der Familie, das seien die Motive, die der Gewerkschaftsbewegung zugrunde liegen und denen sie ihren Siegeszug verdanke. Die volkswirtschaftliche Gesetzgebung der einzelnen Länder zeuge von dem sozialen Fortschritt, zu dem das Gewerkschaftswesen beigetragen habe.

Bemerkenswert sind auch die Ausführungen des Bischofs, in denen er sich für die Einheit der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung ausspricht. Sie lauten:

„Ich spreche hier über diese Frage nicht, weil ich es vorher beabsichtigte, sondern weil meine Aufmerksamkeit erregt wurde durch den Bericht des internationalen Sekretariats, der gestern morgen durch Georg W. Perkins, den Delegierten jenes Konvents, hier verlesen wurde. In Bezug auf die Verhältnisse in Deutschland sagt er: „Ohne in irgendeiner Weise die Doppelorganisationen der sogenannten christlichen Gewerkschaften zu erörtern oder sie zu befürworten, sei gesagt: die Tatsache, daß die (freien) Gewerkschaften in einem gewissen Umfange dem Sozialismus ausgeliefert waren und noch sind und gegen die Kirche Stellung nehmen, gibt jenen Sondergewerkschaften und Gewerkschaftlern eine gewisse Rechtfertigung, sich in dieser Weise zu organisieren."

Diesem Berichte gemäß haben wir also in Deutschland ursprüngliche Gewerkschaften, christliche Gewerkschaften, katholische Gewerkschaften (Fachabteilungen. D. Red.). Ich hoffe, der Tag kommt nie, da es nötig sein wird, so die Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten in der Organisation zu trennen. Es würde sowohl unamerikanisch als auch antireligiös sein, das zu versuchen. Unser Staatswesen ist auf dem Grundsatz aufgebaut worden, daß alle Menschen gleich geschaffen sind und ein Recht an Leben, Freiheit und Streben nach Glück haben. Dieser Kongreß soll weder eine religiöse Festlegung vornehmen, noch die freie Religionsübung hindern. Der Geist unserer Staatsverfassung gibt allen Religionsbekenntnissen volle Freiheit. Amerika ist religiös und wünscht, daß religiöse Grundsätze die Geister und Herzen unseres Volkes durchdringen. Warum also sollte innerhalb unserer Gewerkschaften etwas geschehen, was nach religiöser Richtung hin Trennung bringen würde? So etwas ist nicht amerikanisch und sollte die Verurteilung der American Federation of Labor finden."

Dieses offene und freimütige Bekenntnis eines Bischofs zum Gewerkschaftsgedanken verdient Anerkennung. Es soll auch für uns ein neuer Ansporn zu eifriger gewerkschaftlicher Betätigung sein. Die letzten Ausführungen des bischöflichen Redners sind zugleich ein Beweis dafür, daß die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung auf christlicher Seite weder gewünscht noch gefördert wird, solange sich die Gewerkschaften im Rahmen ihres wirtschaftlichen Programms halten und antireligiöse und parteipolitische Bestrebungen vermeiden. Letztere auch in die amerikanischen Gewerkschaften hineinzutragen, ist aber das Streben der dortigen Sozialdemokratie. Sie ist es darum, die wie überall, so auch in Amerika, die Einheit der Gewerkschaftsbewegung gefährdet.

### Dr. August Erdmann.

Unter dieser Ueberschrift haben wir in Nr. 51, Jahrg. 1913 der „Textilarbeiter-Zeitung" mitgeteilt, daß der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Schrift-

steller Dr. August Erdmann die örtliche Leitung des dritten Deutschen Arbeiterkongresses um eine Preßkarte gebeten und daß ihm diese verweigert wurde, weil sich der Herr Dr. auf frühere Tagungen der christlichen Arbeiterschaft nicht anständig benommen habe. Die Notiz hat auch in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung" gestanden. An sie wendet sich Dr. Erdmann nun mit einem Schreiben, worin er kurz und bündig erklärt: **„Ich habe niemanden um eine Preßkarte für den Kongreß gebeten."** Die sozialdemokratische Presse nimmt auf die Notiz Bezug und behauptet frei und frech: „Es ist gelogen, daß Genosse Erdmann um eine Preßkarte zum Berliner Kongreß gebeten" habe, er habe nur die örtliche Kongreßleitung um die Drucksachen des Kongresses gebeten. Das schreiben Dr. Erdmann und die sozialdemokratischen Blätter. Tatsache ist, daß Dr. Erdmann unterm 28. November eine mit dem Reichstagsstempel versehene, eigenhändig geschriebene Briefkarte folgenden Inhalts an die örtliche Kongreßleitung in Berlin sandte:

Sehr geehrter Herr!

Darf ich Sie bitten, mir eine Karte für den dritten Deutschen Arbeiterkongreß und die dazu gehörigen Drucksachen zugehen zu lassen.

Hochachtend

Berlin SW. 11 Dr. A. Erdmann,
Hotel Bachaly, M. d. R.
Königgrätzerstr. 111.

Also: nicht nur um die Drucksachen des Kongresses bat er, nein: um sie nicht einmal in erster Linie, sondern in erster Linie um „eine Karte für den dritten Deutschen Arbeiterkongreß" und dann wieder um „die dazu gehörigen" Drucksachen.

Dennoch behauptet Dr. Erdmann in einem Schreiben an die „Westdeutsche Arbeiterzeitung", behauptet die ganze sozialdemokratische Presse, es sei **gelogen**, daß Dr. Erdmann um eine Karte gebeten habe.

Das ist bezeichnend für Erdmann.

### Herr Kloos „berichtigt".

In Nr. 51 der „Textilarbeiter-Zeitung" (Jahrg. 1913) haben wir in einem Artikel, „Die keines guten Willens", das Verhalten der Vertreter des Verbandes der katholischen Arbeitervereine, Sitz Berlin, auf dem Deutschen Arbeiterkongreß behandelt. Herr Kloos, Sekretär dieses Verbandes in Waldenburg, sendet uns nun unter Berufung auf den § 11 des Preßgesetzes eine „Berichtigung".

Er habe auf dem Berliner Kongreß nicht gesagt, „die Arbeitgeber übten mit der Gründung gelber Gewerkschaften keinen Terrorismus", sondern nur, „er wolle nicht so ohne weiteres zugeben, daß das Bestehen oder die Gründung gelber Gewerkvereine an sich schon als Vergewaltigung der Arbeiter anzusehen" sei. Er habe auch nicht gesagt, „das Bestreben der Werkvereine, die Arbeitsstreitigkeiten auf friedlichem Wege auszugleichen, sei durchaus lobenswert", wohl aber, „das Bestreben, Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis auf friedlichem Wege zu schlichten, sei durchaus anerkennenswert". Er habe drittens nicht gesagt, „ein Schutz der Arbeitswilligen vor den Uebergriffen der Streikenden sei notwendig", sondern „es dürfen von einem Streikposten keinerlei Rechte, weder des Arbeiters noch des Arbeitgebers, verletzt werden". Er habe nicht die Worte gebraucht „man solle nicht immer nur von Ausschreitungen der Arbeitgeber reden. Ueberhaupt sei der Streik ein ganz verfehltes Ding. Er habe den Arbeitern noch keine Vorteile, aber sehr viele Nachteile gebracht".

Er habe vielmehr gesagt:

„Welche ungeheuren volkswirtschaftlichen Werte gehen der Allgemeinheit durch solche Kämpfe oft verloren. Man zählt die Verluste oft nach Hunderten von Millionen. Das sind volkswirtschaftliche Werte, nach andern auch Kulturwerte, die der Allgemeinheit, aber auch den Arbeitern verloren gehen, denen man eigentlich einen Anteil daran sichern wollte."

Endlich sei es nicht wahr, daß er in den Saal hineingerufen habe: „Der Papst hat den Arbeitern verboten, die Unzufriedenheit unter den Ständen zu schüren!" Wahr dagegen sei, daß er gesagt habe:

„Alle, die sich als Einzelpersonen oder in Vereinigungen des christlichen Namens rühmen, dürfen, wofern sie ihrer Pflicht eingedenk sein wollen, keine Feindschaften und Zwistigkeiten unter den Ständen der bürgerlichen Gesellschaft schüren. Das hat Papst Pius X. gesagt, und die katholischen Arbeiter sind verpflichtet das zu befolgen".

Wir bemerken hierzu: Wir haben der „Berichtigung" des Herrn Kloos Raum gegeben, obwohl wir aus preßgesetzlichen Gründen nicht dazu hätten verpflichtet werden können, denn sie entspricht dem Preßgesetze nicht. Aber davon abgesehen: wir vermögen in der „Berichtigung" des Herrn Kloos nichts anderes als eine Wortklauberei zu sehen. Wenn er die angezogenen Bemerkungen auch nicht wörtlich gemacht hat — wir hatten sie einem Berichte der Tagespresse entnommen — **daß er sie dem Sinne nach gemacht hat, bestätigt Herr Kloos in jedem Punkte seiner sogenannten Berichtigung.**

### Ein vernünftiger Grundsatz.

Der sozialdemokratische Bauarbeiterverband beschloß unlängst die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Der den Beschluß fassenden Generalversammlung ging eine Aussprache im Verbandsorgan über das Für und Wider voraus. Dabei zeigte sich, daß eine Anzahl Mitglieder sich mit dieser Unterstützungsart nicht zu befreunden vermochte, weil ihnen die vorgesehene Unterstützung nicht weit genug ging. Ihnen war offenbar der sozialdemokratische Grundsatz „Alles oder Nichts" in Fleisch und Blut übergegangen. Der „Grundstein", das Organ des Verbandes, suchte nun diese Unentwegten in seiner Nr. 45, 1913 wie folgt zu belehren:

„Aber würde es sich denn nun rechtfertigen lassen, die Unterstützung deswegen abzulehnen, weil sie nicht gleich allen Wünschen aller Kollegen entspricht? Eine solche Handlung wäre grundverkehrt! Denn: auch wenn der Verband mit der Einführung der Unterstützung noch einige Jahre warten würde, könnte er wahrscheinlich die Unterstützung auch dann nicht sofort auf das ganze Jahr ausdehnen. Auch dann müßte er erst einen Anfang machen, einen Grund legen und auf ihm dann Schritt für Schritt weiter bauen. Darum handeln die Kollegen nicht klug, die nach dem Grundsatz handeln: „Entweder alles oder gar nichts." Schließlich ist doch die Arbeitslosenunterstützung während zehn Monaten im Jahr ein Anfang, der sich sehen lassen kann."

Recht vernünftig gesprochen! Zu wünschen wäre nur, daß die Sozialdemokratie auch in den gesetzgebenden Körperschaften nach diesem vom „Grundstein" aufgestellten Grundsatz handeln würde. Gerade ihre unkluge, auf die Agitation berechnete Alles- oder Nichts-Politik, hat die sozialpolitische Entwicklung gehemmt und die Interessen der Arbeiterschaft geschädigt. Es wird gut sein, sich des „Grundsteins" Aeußerung zu merken, um sie gelegentlich den Genossen entgegenzuhalten, wenn diese die Alles- oder Nichts-Politik ihrer Partei zu rechtfertigen suchen.

### Dummer Quark.

Der „Textilarbeiter" kann das feige Verdächtigen nicht lassen. In seiner Nr. 52 vom 26. Dez. 1913 schreibt er einen Rückblick auf das vergangene Jahr und kommt dabei auch auf die Versuche, das Koalitionsrecht zu verschlechtern, zu sprechen. Er behauptet bei der Gelegenheit, das vergangene Jahr habe auch noch den Beweis erbracht, daß die christlichen Gewerkschaftsführer den Scharfmachern die Brücke schlügen, über die hinweg den Arbeitern das Koalitionsrecht gestohlen werden solle. Der Reichskanzler habe im Reichstage erklärt, daß das geplante Erdrosselungsgesetz des Koalitionsrechts paritätisch sein müsse.

„Und damit scheint er die Herzen der „christlichen" Gewerkschaftsführer für diese Aktion gegen das elementare Recht der Selbsthilfe gewonnen zu haben. Man scheut den offenen Kampf gegen die Antastung dieses Rechtes und redet den Scharfmachern nur gut zu, von ihrem Verlangen Abstand zu nehmen, denn wenn das Gesetz zustande komme und paritätisch angewandt werde, dann gehe es doch auch den Unternehmerkoalitionen an den Kragen. Diese „ahnungslosen" Christensekretäre! Sie haben wohl noch nichts gehört von Klassenjustiz; haben noch nichts gewußt davon, daß von einem preußischen Justizminister der Satz zur Richtschnur für die Urteilsfindung aufgestellt wurde: Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Ist nicht der § 153 der Gewerbeordnung auch ein paritätisches Gesetz? Gewiß, das ist

# Die Webleiste.

Mit dem Fortschritt im mechanischen Stuhlbau haben sich auch bezüglich der Webleisten Anforderungen herausgebildet, welche dem Handweber gänzlich fremd waren. Als einzige Abnormität war ihm Panama bekannt, bei welchem bekanntlich zwei Schüsse in dasselbe Fach fallen. Da es also hier bei zwei aufeinanderfolgenden Schüssen keinen Fachwechsel, also keine Tritt- oder Schaftbewegung gab, so konnte er es machen, wie er wollte, auf einer Seite blieb auch das Leistenfach offen, sodaß der Schußfaden, wenn nicht besondere Mittel zum Festhalten desselben angewendet wurden, wieder in das Fach folgte. Hier wurde ein Fangfaden angebracht, der durch eine Schnur mit dem Treiber oder einem anderen beweglichen Stuhlteil in Verbindung gebracht wurde.

Die mechanische Weberei kennt diesen Fangfaden auch und bringt denselben durch eine Schnur mit dem Arm des Oberschlägerstuhles in Verbindung. Der Oberschlagarm ist so auf der Schlagspindel befestigt, daß die mit dem Schlagriemen verbundene Spitze auf beiden Seiten des Stuhles schräg nach außen zeigt, das entgegengesetzte, über die Spindel etwas herausragende Ende aber nach innen. Dieses Ende ist also bei der Ruhestellung dem Ladendeckel am nächsten, entfernt sich aber, sobald der Schlagarm in Tätigkeit tritt. Es wird also ein Faden, der nach Art des alten Zampelstuhles mit diesem Ende des Schlagarmes verbunden ist, gehoben werden, sodaß der Schütze unter demselben hinweggehen kann. Damit ist aber an der Kante, selbst wenn sonst das ganze Fach in Ruhestellung verharrt, ein Fachwechsel dieses einen Fadens geschaffen und somit dem zurückgehenden Schützen die Möglichkeit genommen, den Schußfaden wieder in das offene Fach hineinzuschleppen.

Es wird nun vielfach von Webfachleuten als ganz selbstverständlich betrachtet, daß ein Stück Ware, allenfalls mit Ausnahme der mit Fransenfäden gewebten Tücher, Bettdecken, Portieren oder ähnlicher Waren, unbedingt an den Leisten nun auch festkantig ausfallen muß. Bei gewöhnlichen glatten Waren mag das der Fall sein, beim Doppelwerkplüsch oder -samt jedoch fast nie, da die beiden übereinanderliegenden Werke in den meisten Fabriken mit nur einem Schützen gewebt werden, dieser also aus der Leiste des Oberwerkes in die Leiste des Unterwerkes übergeht, infolgedessen garnicht die Möglichkeit hat, sich um den Eckfaden der oberen Leiste zu schlingen, wie es, um eine feste Kante zu bilden, unbedingt nötig ist. Werden dann später vom Messer die beiden Werke getrennt, so entstehen unbedingt offene Kanten, d. h. die Eckfäden der Leiste lassen sich der ganzen Rücklänge nach seitwärts herausziehen. Das ist aber ein Uebelstand, der zur Erhöhung der Sauberkeit der Leiste beizutragen nicht geeignet ist. Um dies zu vermeiden wird man schon zu kleinen Kunststückchen greifen müssen.

Bei einiger Ueberlegung kommt man zu dem Schluß, daß zwischen diesen beiden Leisten des Ober- und Untermerkes genau dasselbe Verhältnis besteht, wie zwischen zwei nebeneinander liegenden Leisten, wenn mehrere Stücke in derselben Breite des Stuhles hergestellt werden sollen. Hier läßt man zwischen beiden Leisten einen von Leisten- also Kettfäden freien Raum, der nachher zum Auseinanderschneiden bleiben soll. Man nennt solche Leisten dann auch Schnittleisten und hat bis heute schon eine recht respektabele Zahl von Apparaten konstruiert, mittelst deren es möglich sein soll, trotz des Schneidens festkantige Gewebe zu erzielen. Mit all diesen Apparaten ist aber in dem genannten Falle des Doppelwerks zwecks Festigung der Eckleisten nichts anzufangen, es bleibt für dort nur die schon in der Handweberei angewendete Dreherlitze übrig. Während aber bei der gewöhnlichen Schnittleiste die Dreherlitzen nebeneinanderliegende Kanten voneinander zu trennen haben, müssen bei dem Doppelwerk die Dreherlitzen zwei übereinanderliegende Kanten festigen.

Aus der Art der Herstellung dieser Kanten und auch in Erwägung des Umstandes, daß für die Bewegung der Dreherlitzen tunlichst keine besonderen Schäfte mit dazugehörigen Elementen zu ihrer Bewegung in Verwendung kommen sollen, ergibt sich nun meist die Notwendigkeit, daß die Dreherlitzen mit auf die meist in Leinwand bindenden Kantenschäfte aufgezogen werden. Praktisch ist auch diese Bewegung für die Dreherfäden die beste, da durch dieselbe die festeste Einbindung der Eckfäden zu erzielen ist. Beim Weben stellt sich jedoch meist der Uebelstand ein, daß die Dreherfäden, wenn die sonst bei Drehergeweben übliche Bindung und Spannung der beiden Fäden verwendet wird, vorarbeiten und dadurch ihren Zweck, die Eckfäden fest an die übrige Leiste zu binden, nicht erfüllen können, häufig sogar ein direkt störendes Element für diesen Zweck werden. Daneben tritt es dann auch gar nicht selten ein, daß das Riet diese Fäden wegschlägt, der Fehler längere Zeit übersehen wird und dann unbrauchbare Kanten entstehen. Man wird also, wenn es sich um die Herstellung von Schnittleisten bei Geweben mit hoher Schußzahl handelt, von der gebräuchlichen Vorrichtung der Dreherlitze abgehen müssen und zu der Arbeitsweise der sogenannten Dreherschnur übergehen müssen. Bei geschickter Anordnung vereinfacht sich dadurch sogar die Einrichtung, indem für den Grundfaden nicht einmal eine Litze unbedingt nötig ist.

Der Theorie nach kommt man ganz auf die uralte Dreherlitze, den Perlkopf, indessen ist es nicht ratsam, denselben in seiner ursprünglichen Form zu übernehmen, da dann ein glattes Arbeiten kaum zu erzielen sein wird. Man muß vielmehr diese Perlkopflitze modernisieren, d. h. man statt der beiden Halbschenkel, zwischen denen die den Drehfaden führende Perle befestigt ist, durch zwei ganze Litzen mit Halblitzen ersetzen, und zwar in der Weise, daß auf jeder Seite des Grundfadens eine ganze Litze steht, in deren Auge eine Halblitze eingehängt ist. Stehen diese beiden ganzen Litzen mit ihren Augen unterhalb der Unterfachhöhe, so läßt sich der Drehfaden sehr leicht einziehen, indem man ihn durch die eine Halblitze zieht, unter dem Grundfaden zur anderen Litze herübernimmt und ebenfalls durch die Halblitze einzieht, was auch durch das Riet gesteckt und am Schlag befestigt wird. Wesentlich bei dieser Einrichtung ist, daß die beiden Halblitzen ein gemeinschaftliches Gewicht haben. Dadurch wird stets die Halblitze, welche zu der nichtarbeitenden Grundlitze gehört, entlastet, sodaß sie ohne Widerstand der Hochbewegung folgen kann.

Um ein schnelles Zerscheißen des oberen Halblitzenauges zu verhüten, wird bekanntlich meist eine kleine Perle oder ein harter Metallring angeknüpft, durch welchen dann der Drehfaden gezogen wird. Zweckmäßig wird für die vorliegende Einrichtung nicht jede einzelne Halblitze einen Ring bekommen, sondern es wird für beide ein gemeinschaftlicher Ring eingeknüpft, sodaß wir uns damit dem alten Perlknopf noch weiter genähert haben. Die ganze Einrichtung dieses Schnittdrehers gestaltet sich nun folgendermaßen: Von Warenanschlag aus wird ein stärkerer, möglichst glatter und haltbarer Faden so eingezogen, daß er da, wo die übrigen Litzen stehen, sich in Unterfachhöhe befindet, vom Schlag aus also allmählich nach hinten abwärts geht. Wie derselbe dann weiter geht, ob er auf ein unten im Stuhl angebrachtes Röllchen gewickelt ist und von dort nach der Ware direkt abläuft, oder ob er oben am Stuhl angebracht ist und durch geeignete Hilfsmittel in den geeigneten Weg gebracht wird, ist gleichgültig und wird lediglich durch Zweckmäßigkeitsgründe bedingt. Neben diesen Faden werden links und rechts die Grundlitzen so aufgehängt, daß das Auge der Litze vielleicht noch ½ cm unter dem Faden steht, und dann werden die Halblitzen in der beschriebenen Weise eingeknüpft. Der Dreherfaden muß möglichst locker geführt werden, dabei aber auch sehr elastisch sein, damit er beim Drehen stets glatt gestreckt bleibt, da sonst an der Dreherschnur Augen oder Perlen sich bilden, welche über das Leistengewebe hervorstehen und das Aussehen unschön beeinflussen. Man wird deshalb zweckmäßig ein Gegengewicht auf den Faden hängen, welches kräftig genug ist, den gewünschten Zweck zu erreichen, ohne jedoch infolge allzu großer Schwere die Haltbarkeit des Drehfadens zu gefährden. Nimmt man zu diesem Dreherfaden ein besseres Material in einer Stärke, daß die jeweilig folgenden Schlingungen einander anrühren, den Grundfaden also vollständig verdecken, so entsteht eine aus dem übrigen Leistengewebe sich deutlich abhebende und dieses begrenzende klare Schnur, welche nach dem Zerschneiden der Gewebebreiten ein Ausfasern der Eckfäden ganz wirksam verhindert.

Die in dieser Einrichtung enthaltenen Grundsätze sind für eine große Zahl sogenannter Leistenapparate maßgebend gewesen. Für den praktisch gebildeten Weber ist es eigentlich nicht recht verständlich, warum man sich soweit Mühe gegeben hat, Leistenapparate zu konstruieren, da diese Dreherlitze bei einigermaßen sachgemäßer Einrichtung und Behandlung sehr lange und tadellos funktioniert. Sieht man sich indessen die Ursprungsorte dieser Apparate etwas näher an, so begreift man allenfalls das Bedürfnis nach denselben; es sind meist Gegenden, in denen die billigste Stapelware hergestellt wird, in denen die Arbeiter mit dem Webprozeß nicht sonderlich gut vertraut sind.

Eine ganz besondere Art der Leistenbildung weisen diejenigen Stühle auf, welche von einer sogenannten Magazinspule den Schuß abziehen und mit besonders ausgebildeten Apparaten oder Schützen den Schußfaden in das geöffnete Fach eintragen, wie es z. B. an dem seinerzeit mit so großer Reklame in die Oeffentlichkeit gebrachten Seantonstuhl der Fall war, woselbst mittelst Maulschützen der am Fachwinkel dargebotene Schußfaden erfaßt und durch das Fach geschleppt wurde. Weiter zu erwähnen sind die mit Eintragnadel arbeitenden Stühle, wie sie beispielsweise die Fa. Saberg u. Sohn in Barmen ausgeführt hat. Bei diesen und ähnlichen Stühlen wurde auch der Schußfaden als doppelte Schleife eingetragen und mußte, wie eingangs bezüglich der Panamagewebe erwähnt, an der Seite gefangen werden, da sie sonst die Nadel wieder mit zurückgenommen hätte. Hier kommen Apparate ähnlich dem Nähmaschinenschiffchen zur Verwendung. Indessen haben sich auch diese in nennenswertem Umfange in die Praxis nicht einzuführen vermocht.

er; aber angewandt wird er nur gegen Arbeiter. Genau so würde es bei dem neuen Gesetz sein. Dem Namen nach ein paritätisches Gesetz, würde es in der Praxis nur ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter sein. Wer daran heute noch zweifelt, das ist ein Feind der Arbeiter."

Der Quark ist ja eigentlich zu dumm für eine Beantwortung. Wir trauen den Mitgliedern des „deutschen" Verbandes so viel Urteilskraft zu, daß sie diesen handgreiflichen Quatsch ihres Blattes richtig einschätzen. Uns fiel bei der Lektüre ein Vers von Wilh. Busch ein:

Man schreibt, wenn man Gedanken hat,
Auch manchmal, wenn man keine hat.

Die christlichen Gewerkschaftsführer sollen für eine Verschlechterung des Koalitionsrechtes sein? Sollen den offenen Kampf gegen die Antastung dieses Gesetzes scheuen? Dieser „ahnungslose" Krätzig. Wir wissen nicht, ob er während der Zeit geschlafen hat, aber vielleicht hat er davon gehört, daß christliche Gewerkschaftsführer sich im Reichstage klar und entschieden gegen eine Verschlechterung des Koalitionsrechtes ausgesprochen haben, vielleicht hat er auch von der Stellung des Berliner Kongresses in dieser Frage gehört, worin auch die Abschaffung des § 153 der GO. enthalten ist. Vielleicht hat er auch die christliche Gewerkschaftspresse soviel verfolgt, daß er ihre Haltung bezgl. der Versuche, das Koalitionsrecht zu verschlechtern, kennt. Wenn er aber von all diesen Dingen nichts weiß, dann laß er nichts darüber schreiben. Dann mag er wohl zum sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten geeignet sein, aber nicht zum Redakteur eines Gewerkschaftsblattes.

---

## Deutschlands Stellung im Welthandel.

Nach der Aufstellung über den Welthandel im vergangenen Jahre nimmt Deutschland wiederum, wie seit langem unter den elf wichtigsten Handelsländern, die zweite Stelle ein und wird im Jahre 1912 nur noch von Großbritannien um 6,1 Milliarden Mark übertroffen, ist aber seinerseits dem drittgrößten Handelslande, den Vereinigten Staaten, um 5,1 Milliarden Mark überlegen.

Ein- und Ausfuhr dieser drei Länder zeigen seit dem Jahre 1900 folgende Entwicklung: Die Einfuhr Großbritanniens stieg von 10,7 auf 15,2 Milliarden (Zunahme 42 Prozent), Deutschlands von 6,1 auf 11,6 Milliarden (Zunahme 90 Prozent), die der Vereinigten Staaten von 3,5 auf 6 Milliarden Mark (Zunahme 97 Prozent). Die Ausfuhr Großbritanniens hob sich von 7,2 auf 12,2 Milliarden (Zunahme 69 Prozent), Deutschlands von 5 auf 9,7 Milliarden (Zunahme 94 Prozent), der Vereinigten Staaten von 5,9 auf 9,3 Milliarden (Zunahme 58 Prozent). Deutschland und Großbritannien haben also, wie die meisten Kulturstaaten, eine passive, die Vereinigten Staaten aber eine aktive Handelsbilanz, d. h. in Großbritannien und in Deutschland ist die Einfuhr größer als die Ausfuhr, in den Vereinigten Staaten dagegen ist die Einfuhr geringer als die Ausfuhr. Von den elf wichtigsten Handelsländern haben nur noch Rußland und Britisch-Indien einen Ausfuhrüberschuß aufzuweisen.

Während der britische Gesamthandel seit dem Jahre 1890 sich um 79 Prozent, der der Vereinigten Staaten um 135 Prozent gehoben hat, weist Deutschland in derselben Zeit eine Zunahme um 160 Prozent auf! Es hat seit langem Frankreich überflügelt, das früher im Welthandel die zweite Stelle einnahm, jetzt aber hinter Deutschland und den Vereinigten Staaten zurücksteht. Der Vorsprung, den der britische Anteil am Welthandel vor dem deutschen gehabt hat, ist im Laufe der Jahre immer geringer geworden. Seit dem Jahre 1890 ist der Anteil Deutschlands von 10,8 auf 12,5 Prozent im Jahr 1911 gestiegen, während derjenige von Großbritannien von 20,2 auf 16,4 zurückgegangen ist. Die Vereinigten Staaten zeigen nur geringe Zunahme, während Frankreich, das nach dem Jahr 1890 an zweiter Stelle stand, seine frühere Bedeutung immer mehr einbüßt. Frankreichs Anteil am Gesamtaußenhandel ist inzwischen allmählich auf 9,3 Prozent zurückgegangen.

Auch die für die vergangenen elf Monate des Jahres 1913 vorliegenden statistischen Zahlen zeigen, daß die Ausfuhr in dieser Zeit sich gegenüber der für dieselben Zeitabschnitte des Vorjahres bedeutend vermehrt hat. Diese erhöhte Ausfuhr hat ohne Zweifel viel dazu beigetragen, daß die deutsche Industrie auch in diesem Jahre noch nicht über allzu schlechten Geschäftsgang zu klagen brauchte.

---

## Rückgang des Branntweinverbrauchs.

Der Trinkverbrauch an Branntwein ist erfreulicher Weise in einem ständigen Rückgang begriffen. Soeben ist eine Statistik über die Branntweinerzeugung und den Branntweinverbrauch im deutschen Branntweinsteuergebiete veröffentlicht worden, die den fortwährenden Rückgang im Verbrauche des Trinkbranntweins nachweist.

Nach dieser Statistik wurde an Trinkbranntwein verbraucht:

| | 1910 | 1911 | 1912 | 1913 |
|---|---|---|---|---|
| Absolut | 349 522 hl | 339 114 hl | 332 282 hl | 321 317 hl |
| Pro Kopf der Bevölkerung | 0,54 l | 0,51 l | 0,50 l | 0,48 l |

Das Berichtsjahr geht in dieser Statistik von Oktober bis Ende September.

Diese erfreuliche Entwicklung ist ein Ergebnis der verbesserten und verfeinerten Kultur, des intensiven Kampfes gegen den Branntweingenuß und vor allem der Arbeit unserer gewerkschaftlichen Berufsverbände.

---

## Für und wider das Koalitionsrecht.

Die unklare Situation, die sich durch die Erörterungen um den sogenannten Schutz der Arbeitswilligen auf sozialem Gebiet herausgebildet hat, ist durch die diesbezüglichen Verhandlungen des Reichstages vom 10. Dezember dieses Jahres zwar nicht beseitigt worden, aber etwas klarer sieht man jetzt doch, besonders soweit die Stellungnahme der Regierung in Frage kommt. Der Reichskanzler hat namens der Reichsregierung erklärt, daß ein Eingriff in das Koalitionsrecht nicht erfolgen dürfe. Gegen etwaige Auswüchse der Koalitionsfreiheit könne nicht durch Ausnahmegesetze vorgegangen werden, das müsse völlig paritätisch auf dem Boden des gemeinen Rechts geschehen. Dem Reichstag solle in nicht allzu ferner Zeit eine Denkschrift zugehen, worin das Material über Auswüchse auf dem Gebiet des Koalitionswesens und der Arbeitskämpfe im In- und Auslande gesammelt werden soll.

Der erste Teil dieser Regierungserklärung wird denjenigen Kreisen, die bisher so laut nach einem gesetzlichen Schutz der Arbeitswilligen gerufen haben, wohl kaum besonders angenehm sein. Diese Kreise verlangen eben Ausnahmegesetze gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, insbesondere ein gesetzliches Verbot des Streikpostenstehens. Wie es auch in der vorvergangenen Woche im Reichstag wieder offen ausgesprochen wurde. Es darf bei Beurteilung der jetzigen Situation nicht übersehen werden, daß in der Stellungnahme des Reichskanzlers ein Umschwung eingetreten ist. Vor drei Jahren hat er die Ansicht ausgesprochen, daß die bestehenden Gesetze genügten, um Auswüchse des Koalitionswesens zu ahnden. In seiner letzten Rede wurde das nicht ausgesprochen, worauf die „Arbeitgeber-Zeitung" (50, 1913) ausdrücklich hinweist.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter können durch die Ausführungen des Reichskanzlers nicht befriedigt sein und dürfen sich keineswegs in Sicherheit wiegen lassen. In der Arbeiterschaft will das Gefühl nicht weichen, daß in der angekündigten Denkschrift eine gewisse Konzession an die Scharfmacher enthalten sei. Gewiß muß zunächst einmal abgewartet werden, was diese Denkschrift bringen wird und eigentlich bezwecken soll. Vor allen Dingen ist zu verlangen, daß die Denkschrift paritätisch gehalten sein muß; daß darin nicht nur die Verfehlungen der Arbeiter aufgeführt werden, sondern vor allem auch die terroristischen Maßnahmen der Arbeitgeber und ihrer Organisationen, z. B. über den Umfang der Aussperrungen, sowie der stillen Sperrmaßnahmen gegen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, ferner über den Zwang, den viele Arbeitgeber ausüben auf ihre Arbeiter, aus den gewerkschaftlichen Organisationen auszutreten, um sich den gelben Gewerkschaften anzuschließen, ebenso über die Maßnahmen, welche die Arbeitgeber untereinander treffen. — Die christlich-nationalen Arbeiterorganisationen setzen als selbstverständlich voraus, daß das Material dieser amtlichen Denkschrift sich nicht etwa allein auf die Angaben von Arbeitgeberverbänden stützt, sondern daß auch die selbständigen Gewerkschaftsorganisationen in dieser Frage gehört werden.

---

# Kolleginnen, der neuen Arbeit entgegen.

Viel schöne und gute Wünsche werden zur Zeit des Jahreswechsels von den Menschenkindern ausgesprochen. Dieser schönen Sitte huldigen auch die Arbeiterinnen. Und jeder Einzelnen fließen aus wohlmeinenden Herzen ebenfalls Segenswünsche zu. Und doch bleibt die Frage offen: „Was wird wohl das neue Jahr bringen?" Eine Antwort aber trifft allgemein zu: das neue Jahr wird

neue Arbeit, neue Pflichten

bringen. Diese Erkenntnis kann für uns nicht niederdrückend sein. Der Arbeit und den Pflichten — im Dienste unserer Angehörigen und zur Erhaltung der eigenen Existenz — in aufrechtem, mutigem, bewußtem Sinne entgegensehen, das ist einer echten deutschen Arbeiterin geziemend. Als Verbandsmitglieder, als Angehörige des Textilarbeiterstandes wird uns das neue Jahr neben neuer Arbeit im Dienste unserer Organisation auch neue Kämpfe bringen. Aber in vollem Bewußtsein des Wertes unserer Standesarbeit und der Berechtigung des Kampfes wollen wir auch hier dem neuen Jahr entgegentreten.

Verbandskolleginnen! Worin besteht denn die Arbeit, die im Dienste des Verbandes unserer Mitwirkung wartet? Sie besteht in Agitation. Unser Sinnen und Trachten muß stets darin aufgehen, dem Verbande neue Mitglieder zu gewinnen, besonders aus den Kreisen der Mitarbeiterinnen. Die zweite Aufgabe ist, die neuen Verbandskolleginnen bei der Organisation zu halten. Im letzteren Sinne sich zu betätigen, ist zur Zeit besonders notwendig. Gibt es doch Verbandsmitglieder, denen die momentan etwas ungünstige Geschäftslage als Anlaß dienen möchte, dem Verbande den Rücken zu kehren. Hier, Kolleginnen, an die Verbandsarbeit! Sagt es den Wankenden klar und deutlich, wie sehr sie sich selbst und euch schädigen; denn in der schweren Zeit kann einer schwach organisierten Arbeiterschaft jede Verschlechterung aufgezwungen werden und für die bestimmt wiederkehrende günstigere Geschäftslage ist die Verbesserungsmöglichkeit geschwächt. Diesen Gründen kann sich kein vernünftiger Mensch verschließen. Darum bewußt an die Agitationsarbeit, ihr Kolleginnen im ganzen Verbandsgebiet!

Neben dieser Arbeit wird es auch neue Kämpfe geben. Ich meine zunächst nur den täglichen

Kleinkampf um die Weltanschauung.

In diesem muß auch die Arbeiterin, von der jüngsten bis zur ältesten, in überzeugungstreuer Art mitkämpfen. Gegen einen Wall von Meinungen gilt es, sich im täglichen Verkehr, besonders bei der Arbeit, zur Wehr zu setzen. Wohl der Arbeiterin, die im konfessionellen Verein und durch dessen Zeitung die Geisteswaffen führen gelernt hat. Sie wird den sozialdemokratischen Ideen stets die zehnmal wertvolleren, wahrheitlichen Ideen christlicher Weltanschauung entgegenhalten können. Das allein genügt aber nicht. Heute muß die Arbeiterin auch den

Kampf um den Charakter der Organisation

mitführen helfen. Auf wirtschaftlichem Gebiete braucht die gesamte Arbeiterschaft wirksame Vertretung — sie braucht Zusammenschluß. Und von der gesamten Arbeiterschaft hat die Arbeiterin wiederum dieses moderne Hilfsmittel am nötigsten. Aber in welchen Formen wirbt es um die deutschen Arbeiterinnen?

Am aufdringlichsten und in aufreizendster Art tun es die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Mit dieser Richtung kann eine rechtlich gesinnte Arbeiterin nie Freundschaft schließen; ihr muß in erster Linie der Kampf gelten, den jede nichtsozialdemokratische Arbeiterin zu führen hat gegen revolutionäre und religionsfeindliche Ideen.

Und auch der gelben Richtung gelte unser Kampf. Das sei uns ferne, daß wir lediglich auf Wohltaten warten. Wenn wir aber Rechte beanspruchen wollen, dann müssen wir jede unselbständige, von Unternehmergeld unterstützte Vereinigung verurteilen. Darum fahren wir fort zu warnen vor den „Gelben".

Der sozialdemokratischen und der gelben Richtung gegenüber vermögen sich die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine als dritte Richtung nicht durchzusetzen. Ohne Ideale, lediglich auf „gute" Unterstützungseinrichtungen pochend, können sie den Kampf nicht bestehen. Ganz anders steht die christliche Gewerkschaftsbewegung im Kampf. Als wirtschaftliche Organisation stellt sie ihre Arbeit auf christliche und nationale Grundlage im schroffen Gegensatz zur sozialdemokratischen Gewerkschaft. In voller Selbständigkeit tritt unsere Richtung den Arbeitgebern gegenüber — sie zeigt somit keine Wesensähnlichkeit mit den „Gelben". Und von den Hirsch-Dunckern trennt uns die entschiedene Meinung, daß man die Sozialdemokratie weder mit Neutralität, noch mit hohen Unterstützungen aufhalten kann.

So steht die christliche Gewerkschaft schon durch ihre Eigenart im Kampf der Meinungen. Aber gerade die christlich-nationale Anschauung ist unser Siegespanier. Das haben die Ende 1913 stattgefundenen

Krankenkassenwahlen

sehr deutlich bewiesen. Unter der großen Zahl von Wählerinnen der christlich-nationalen Liste hat sich an den einzelnen Orten auch eine ungezählte Schaar von Textilarbeiterinnen befunden. Verbandskolleginnen! Diesen allen werden wir es verständlich machen müssen, daß ihre Entscheidung für die christlich-nationale Sache nicht nur bei Krankenkassenwahlen sondern immer bedeutungsvoll ist. Spornen wir doch diese Arbeiterinnen an, sich endlich einmal auch für die christliche Gewerkschaft zu entscheiden.

Das neue Jahr wird es nicht bewenden lassen beim täglichen Kleinkampf um die Weltanschauung und bei den Auseinandersetzungen wegen der Organisationsform. Es ist nicht ausgeschlossen, daß wieder

größere Arbeitskämpfe

nötig werden. Bei der heutigen Sachlage sind Streiks mit nachfolgenden Aussperrungen nichts Seltenes mehr. Es sei nur an Krefeld und Bocholt erinnert. Dort sind viele Tausende — auch Arbeiterinnen — in die Aussperrung einbezogen worden, obgleich sie früher immer sagten: „Das kommt bei uns nicht vor!" Weil aber diese Fälle doch vorkommen, haben alle Arbeiterinnen Ursache genug, sich durch die Organisation vor Schaden zu bewahren. Im Jahre 1914 wird auch der Kampf um die

Frage des freien Samstagnachmittags

weitertoben. Unser Verband hat seine Stellung hierzu schon im Laufe des verflossenen Jahres (Nummer 24 des Verbandsorgans) kurz klargelegt. Nachdem im Herbst der sozialdemokratische Verband seine „Aktion" angekündigt hatte, nahm unser Verband von seinem Standpunkt aus wieder zu der Frage Stellung. Diese lautet kurz und bündig: Wir sind im Interesse sämtlicher Arbeiterinnen für den freien Samstagnachmittag. Aber wir bedanken uns schönstens für die Rolle, die uns und unseren Mitgliedern zugemutet wird — eine sozialdemokratische Bittschrift gutzuheißen und obendrein noch die Mitglieder zur Unterschrift aufzufordern.

Unsere Verbandskolleginnen haben für diese Stellung allerwärts Verständnis gezeigt und verurteilen das einseitige und damit arbeiterschädigende Vorgehen des sozialdemokratischen Verbandes.

Ziehen wir den Schluß. Arbeit und Kampf wird die Losung auch im neuen Jahre sein. Kolleginnen! Gehen wir mit größerem Selbstvertrauen an die Arbeit, mit stärkerem Selbstbewußtsein in den Kampf — und wir werden und müssen im neuen Jahre weiterkommen, wie im alten. Mit Gott voran zu neuen Erfolgen und zu neuen Siegen unserer christlichen Gewerkschaftsarbeit.

---

# Aus unserer Industrie.

## Die Textilindustrie im Jahre 1913.

Wenn am Schluß des Jahres 1912 der Erwartung Ausdruck gegeben wurde, daß sich die Lage der Textilindustrie im Jahre 1913 bessern würde, so ist diese Erwartung nur im allerbeschränktesten Maße in Erfüllung gegangen. Obwohl einzelne Teile der Branche entweder durch die Gunst der Mode oder durch andere Umstände auf das Jahr 1913 mit einer gewissen Befriedigung zurückblicken können, so darf doch darauf hingewiesen werden, daß die Gesamtheit der Textilindustrie Veranlassung hat, das abgelaufene Jahr zu den ungünstigen zählen zu können. Neben der allgemeinen wirtschaftlichen Depression sprach dabei vor allen Dingen die Tatsache mit, daß das Exportgeschäft in Textilerzeugnissen nach den Balkanstaaten und dem Orient durch die kriegerischen Vorgänge vollständig gehemmt war, nicht minder aber auch der Umstand, daß die ungünstige Witterung im Sommer und der gelinde Winter die Konsumenten von Textilwaren kaufunlustig gemacht haben. Endlich aber ist die Tatsache für den Rückgang des Geschäftsganges in der Textilindustrie bestimmend gewesen, daß solche fremde Länder, welche in früheren Jahren

noch immerhin ziemlich bedeutende Mengen deutschen Fabrikates bezogen hatten, jetzt selbst genügend fabrizieren, um die deutschen Waren entbehren zu können. Die Ausfuhr nach Nordamerika ist gleichfalls durch die politischen Vorgänge in diesem Lande zeitweise zum Stillstand gekommen und dürfte sich erst im nächsten Jahre besser entwickeln. Für die meisten Zweige der Textilbranche ist außerdem das Jahr 1913 deshalb wenig oder gar nicht nutzbringend gewesen, weil die benötigten Rohstoffe einen selten hohen Wertstand hatten und trotz der verminderten Produktion solchen auch bis zum Schluß des Jahres zumeist behaupten konnten.

Was nun die einzelnen Zweige der Branche anbetrifft, so hat, nach einer Uebersicht der „Börsenzeitung", der wir diesen Artikel mit einigen von uns vorgenommenen Aenderungen entnehmen, wohl am meisten die

**Baumwollindustrie**

unter der Ungunst der Verhältnisse gelitten. Große Schwankungen auf dem Rohbaumwollmarkte verursachten zeitweise Preissteigerungen, zeitweise Preisrückgänge, so daß die Verbraucher vielfach gezwungen waren, zu höchsten Preisen sich einzudecken, aber anderseits nicht in der Lage waren, bei ihren Abnehmern entsprechende Preise für Gespinste oder Gewebe zu erhalten. Die ohnedies schon sehr gedrückten Garnpreise wurden noch weiterhin durch die sehr starke Einfuhr österreichischer Baumwollgarne beeinträchtigt, und da der Export in deutschen Gespinsten auf ein Minimum beschränkt war, so war es den Spinnereien nicht möglich, für den verminderten Konsum im Auslande im Inlande einen Ersatz zu finden. Die bis jetzt vorliegenden Geschäftsberichte der deutschen Baumwollspinnereien spiegeln diesen unleidlichen Zustand wider, und es ist anzunehmen, daß mit wenigen Ausnahmen die meisten Spinnereibetriebe sehr wenig befriedigende Resultate aufzuweisen in der Lage sein werden.

Unter dieser Zwangslage haben die deutschen Baumwollspinner sich eine Organisation geschaffen, welche einen Zusammenschluß sämtlicher deutscher Spinnereiverbände darstellt. Nach den Verlautbarungen wird die erste Aktion dieser Interessengemeinschaft eine Befürwortung bei der Regierung um Erhöhung der Eingangszölle für baumwollene Garne sein; mit welchem Resultat, läßt sich selbstverständlich heute nicht voraussagen. Immerhin dürften die Baumwollwebereien einem solchen Ersuchen der Spinner ziemlich heftigen Widerstand entgegensetzen.

Auch die Baumwollweberei litt mehr denn je in diesem Jahr unter der schwachen Nachfrage des inländischen Verbrauchs und des Rückganges im eigentlichen Exportgeschäft. Die Webereien haben sich nunmehr entschlossen, um einer weiteren Ueberproduktion in ihrer Branche Einhalt zu tun, vom 1. Januar des kommenden Jahres ab ihre Betriebe einzuschränken. Doch bezieht sich dieses nur auf die süddeutschen und elsässischen Webereietablissements. Ob auch die Baumwollwebereien Sachsens und Schlesiens und die Rheinlands-Westfalens dem Vorgehen der süddeutschen und elsässischen Baumwollwebereien folgen werden, steht dahin. Die

**Wollweberei,**

welche am Beginn dieses Jahres noch ziemlich gut zu tun hatte, hat sich in ihrer Gesamtlage seit dem Herbst des Jahres so verschlechtert, daß in vielen Bezirken teils Betriebseinschränkungen stattgefunden haben, oder aber bereits umfangreiche Arbeiterentlassungen eingetreten sind. Die Gründe für diesen Zustand sind dieselben, welche vorstehend kurz erwähnt wurden. Aber für die Wollweberei war die Lage deshalb noch ganz besonders schwierig, weil ein Rückgang der Rohstoffpreise mit dem Rückgang der Warenpreise nicht gleichen Schritt gehalten hat. Jetzt, am Jahresschluß, sind die Notierungen für deutsche wie für überseeische Wollen sogar fast unverändert. Aber auch für andere, von der Wollindustrie benötigte Rohstoffsorten sind nennenswerte Preisrückgänge nicht eingetreten.

In der Wirkwarenfabrikation war das Geschäft in dem zu Ende gehenden Jahre verhältnismäßig besser wie in der Wollweberei. Von der neuesten amerikanischen Zollgesetzgebung konnten vor allen Dingen die Strumpf- und Strickwarenfabrikanten Sachsens profitieren, da es ihnen möglich war, größere Aufträge der Vereinigten Staaten zu erhalten. Jetzt am Jahresschluß ist die Zahl der aus Amerika eingehenden Aufträge geringer geworden, doch bieten sich diesem Zweige immerhin noch verhältnismäßig gute Aussichten im Exportverkehr nicht nur mit Amerika, sondern auch mit anderen überseeischen und teilweise auch mit einigen europäischen Ländern. Nicht ebenso günstig, doch immerhin befriedigend lag das Geschäft in wollenen Phantasieartikeln, allerdings auch mit der Einschränkung, daß diese Artikel nach einzelnen südlichen Ländern viel weniger verschickt wurden als sonst, da Spanien und Italien selbst die Fabrikation in demselben Zweige in recht bedeutendem Umfange eingeführt haben. Die

**Seidenwarenbranche**

hat gleichfalls keine Veranlassung, das Jahr 1913 zu denen zu zählen, welche befriedigend genannt werden können. Die Vorgänge in der auswärtigen Politik und teilweise auch die Moderichtung waren der Grund für das Zurückgehen der Bestellungen des Auslandes und des Inlandes. Ziemlich stark war noch die Kauflust für einzelne bestimmte Artikel dieses Zweiges, so für Samte und Plüsche, für welche beiden letzteren Artikel sich aber schon im Herbst eine merkliche Abschwächung der Kauflust geltend machte. Welche Aussichten sich der Branche für das nächste Jahr eröffnen, ist kaum zu sagen. Allzu große Hoffnungen auf das Exportgeschäft zu setzen, scheint kaum berechtigt zu sein, denn es darf nicht vergessen werden, daß der amerikanische Markt zum guten Teil durch inländische Fabrikate versorgt wird. Außerdem hat es den Anschein, als ob die bisher so bevorzugten Artikel, Samt und Plüsch, im nächsten Jahre bei weitem nicht mehr die Rolle spielen werden, wie dieses bis jetzt der Fall war. (Wir teilen diese pessimistischen Anschauungen durchaus nicht und wissen uns darin mit mehreren Fachzeitschriften eins. D. R. d. T.-Z.) In der

**Juteindustrie**

hat die Konvention sich aufs beste für die Fabrikanten bewährt. Die verminderte Produktion brachte es zustande, daß die Jutespinner wie die Juteweber auskömmliche Preise hatten, sodaß nach fachmännischem Urteil die Ergebnisse in der Jutebranche für das abgelaufene Jahr günstige sein werden. Ob aber dieser Zustand auch im neuen Jahre andauern wird, ist eine offene Frage, da nach dem Urteil von Fachleuten die Gefahr eines Rohstoffmangels nicht von der Hand zu weisen ist und weil die überhandnehmende Spekulation in dem Rohstoff der Branche gleichfalls sehr gefährlich werden kann. Die

**Leinenindustrie**

ist nicht in allen Teilen während des Jahres 1913 gleichmäßig gut oder gleichmäßig schlecht beschäftigt gewesen. Die Spinnerei hatte ungefähr bis zur Mitte des Jahres sowohl mit einem Rohstoffmangel wie mit sehr hohen Flachspreisen zu kämpfen. Erst nach diesem Zeitraum hat sich die Lage in der Flachsspinnerei wesentlich gebessert, da es den Spinnern möglich war, sich besser mit Rohstoff eindecken und auch bei ihren Abnehmern höhere Preise für die Gespinste durchsetzen zu können. Jetzt am Jahresschlusse sind alle Etablissements der Flachsspinnerei mit Orders bis weit in das Jahr 1914, wie auch hinzugefügt werden kann, zu auskömmlichen Preisen versehen. Allgemein wird geglaubt, daß für diesen Zweig der Textilindustrie die Verhältnisse im kommenden Jahre sich bessern werden.

Zu den Artikeln der Leinenweberei, welche stark gefragt waren und welche auch weiterhin sich der Gunst der Käufer erfreuen, gehört die Damastweberei, die schon bisher ein sehr reges Exportgeschäft, hauptsächlich nach den Vereinigten Staaten, erzielt hat und eine noch weitere Steigerung der Exporttätigkeit im nächsten Jahre erwartet. Andere Teile der Leinenweberei haben weniger günstig arbeiten können und klagen nicht nur über schwachen Absatz, sondern auch über unbefriedigende Preise. Ob die von den Leinenwebereien erstrebte Konvention zur Tatsache wird, erscheint heute zweifelhaft.

Es sei bemerkt, daß die Kartellbewegung in der Textilindustrie in dem zu Ende gehenden Jahre weitere Fortschritte gemacht hat. In der Seidenindustrie haben verschiedene Zweige, die bislang eine Organisation nicht hatten, sich zusammengeschlossen, ebenso mehrere Teile der Bekleidungsindustrie. Die Tuchkonvention plant ein Kartell mit ihren Abnehmern, und als „Konvention der Textilkonventionen" hat man sogar die Vorarbeiten für die Bildung einer „Interessengemeinschaft aller in der Textilbranche bestehenden Konventionen" in Angriff genommen.

---

## Kartellfragen in der Textilbranche.

Wie die „Textilwoche" erfährt, hat der Verband der Seidenstoffabrikanten Deutschlands mit der Vereinigung der Samt- und Seidenwaren-Großhändler die vorläufige Verlängerung des bestehenden Kartellvertrages in unveränderter Fassung bis zum 1. März 1914 vereinbart. Ueber die Verlängerung des zwischen dem Fabrikantenverband und dem Verband deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche bestehenden Kartellvertrages bis zu dem vorgenannten Termin schweben gegenwärtig innerhalb der beteiligten Gruppen Verhandlungen.

Gerade während der Krisis baut das Textilunternehmertum seine wirtschaftspolitischen Verbände und seine Konventionen aus. Ist das für die Arbeiterschaft kein Fingerzeig auf ihre gewerkschaftlichen Bestrebungen?

---

## „Bevorstehende Vertrustung in der Bandindustrie."

Unter dieser Spitzmarke schreibt der „Manufakturist" unter anderem folgendes: Wieder ist eine Bandfabrik, die außer Konvention steht, von interessierter Seite aufkauft worden, um diesen unbequemen Konkurrenten los zu werden. Diesmal handelt es sich um die Samtbandfabrik Alex Nouvortne in Glauchau. Die Art und Weise des Verkaufs an die Konvention ist die gleiche wie vor einem Jahr bei der Seidenbandfabrik Eugen Wülffing u. Co. in Elberfeld. Die Kundschaft wird plötzlich überrascht mit der Mitteilung, daß nicht mehr geliefert wird, doch diese Nachricht erhält sie erst, wenn etwas nachbestellt wird. Wülffing u. Co. hatte 400000 M. für den Verkauf seiner Fabrik bekommen, und Alex Nouvortne wird wohl auch eine schöne Summe als Entschädigung erhalten haben. Die Bandkonventionen stärken ihre Macht und beseitigen allmählich alle Außenseiter. Hierbei waltet bei den Fabrikanten natürlich nur die Rücksicht auf eigene Interessen, nicht die auf langjährige Kunden. Die Bandkonventionen treiben Preispolitik, und da wirken Außenseiter störend. Nachdem diese ausgesaugt sind, stoßen Preiserhöhungen kaum mehr auf Widerstand.

Von einer „bevorstehenden Vertrustung in der Bandindustrie" zu schreiben, schießt weit über das Ziel hinaus. Und wenn der „Manufakturist" gegen die Preispolitik der Bandkonvention wettert, dann liegt das wohl daran, daß er in erster Linie die Interessen der Händler und nicht die der Industrie vertritt. Die Arbeiterschaft sollte in diesen Bestrebungen der Fabrikanten die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses erkennen.

---

# Aus dem Verbandsgebiete.

## Zur gefl. Beachtung.

Wie vor vier Jahren, so soll auch für den diesmaligen Geschäftsbericht eine

**allgemeine Mitgliederstatistik**

aufgenommen werden. In diesen Tagen werden die Vertrauensleute den Mitgliedern beim Beitragseinzug einen Handzettel überreichen, der von den Mitgliedern auszufüllen ist. Um die Vertrauensleute nach Möglichkeit zu entlasten und ihnen ihre Arbeit so leicht wie nur möglich zu machen, bitten wir die Mitglieder dringend, den Zettel auszufüllen und ihn dem Vertrauensmann beim nächsten Rundgang abzugeben. Die auf dem Zettel zu machenden Angaben sind nach Möglichkeit mit Tinte einzutragen.

Mit kollegialem Gruß

**Die Zentralstelle.**

---

# Aus unseren Bezirken.

## Zur Betriebseinschränkung in der elsässischen Textilindustrie.

Wie nun aus Bekanntmachungen einzelner Firmen ersichtlich, tritt die Betriebseinschränkung in den Baumwollwebereien ab 12. Januar und zwar für die Dauer des ersten Quartals 1914 in Kraft. Ueberall ist der Montag als Aussetztag bestimmt. Die Entschädigung, die den Arbeitern für den entgehenden Arbeitsverdienst bezahlt wird, ist nicht im ganzen Lande einheitlich geregelt. So erhält zum Beispiel die Arbeiterschaft der Mülhauser Webereien auf den in 10 Tagen verdienten Lohn 13% aufgerechnet, was pro Tag beinahe ⅔ des sonst verdienten Lohnes ausmacht. Die Arbeiterschaft Gebweilers erhält indes auf den in der gleichen Zeit verdienten Lohn bloß 10% aufgerechnet.

Unser Verband hat nun zu der geschaffenen Lage in einer, unter dem Datum vom 22. Dezember an die Herren Textilindustriellen gerichteten Eingabe Stellung genommen. In der Eingabe wird vor allem bedauert, daß die Herren Arbeitgeber ihre Arbeiterschaft einfach vor eine fertige Tatsache stellen, denn eine solch gewaltige Aktion wäre schon wert gewesen, vorher die Arbeiterschaft bezw. deren Vertreter zu hören. Dann wird der Vorschlag gemacht, an Stelle des Montags den Samstag als Aussetztag zu nehmen, da der Samstag für die Arbeiterschaft weit günstiger ist wie der Montag. Da nun die Herren Fabrikanten einen zehnstündigen Arbeitstag aussetzen lassen wollen, der Samstag indes in den meisten Fällen nur acht Arbeitsstunden aufweist, wird in der Eingabe auch der Vorschlag gemacht, eventl. am Freitag zwei Stunden früher Schluß zu machen, so daß dann doch eine Einschränkung der Arbeitszeit von pro Woche 10 Stunden erreicht würde. In der Frage der Entschädigung schlugen wir vor, auf den in zehn Tagen verdienten Lohn 14% aufzurechnen. In einem weiteren Abschnitt wird die Aufmerksamkeit der Herren Fabrikanten wieder einmal auf die Verarbeitung von schlechtem Material hingelenkt und gebeten, doch dafür zu sorgen, daß der Arbeiterschaft in dieser schwierigen Zeit auch gutes Material zur Verfügung steht.

Es ist zu hoffen, daß die Herren Arbeitgeber die in der Eingabe niedergelegten Wünsche ihrer Arbeiterschaft berücksichtigen zum Wohle beider Teile.

---

## Werbearbeit am Oberrhein und in der Bodenseegegend.

In der Zeit vom 18. bis einschließlich 27. November fanden in obengenanntem Gebiet vierzehn Arbeiterinnenversammlungen statt. Viele Tausende von Arbeiterinnen sind hier in der Textilindustrie beschäftigt. Ein großer Teil von diesen steht im heutigen, gefahrvollen Wirtschaftsleben, ohne die vielseitige Hilfe der Gewerkschaften zu kennen.

Es kann daher nicht verwundern, wenn sich im Laufe der Zeit viele Mißstände herausgebildet haben und manch' große Ungerechtigkeit eingetreten ist. Des weiteren ist begreiflich, daß solche Mißverhältnisse von den Einzelnen nicht aus der Welt geschafft werden können.

Bei solcher Sachlage muß den Arbeiterinnen immer wieder die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses vor Augen geführt werden. Dieser Pflicht ist am Oberrhein durch 8 Versammlungen genügt worden.

In Waldshut waren in der Hauptsache die Mitglieder des katholischen Arbeiterinnenvereins vertreten; der Vortrag, sowie die folgenden Anregungen des Vertreters des H. H. Präses wurden mit großem Interesse entgegengenommen; das Resultat war, daß zunächst die Vorstandschaft und dann auch eine Anzahl Mitgliedeer des Vereins sich in den Verband aufnehmen ließen. Ein Zeichen sozialen Fortschrittes! Jetzt, nachdem ein Fundament des christlichen Textilarbeiterverbandes am Ort vorhanden ist, hat das viel gebrauchte Wort: „Wenn andere den Anfang machen, gehe ich auch in den Verband" — seine Geltung verloren. Also voran in Waldshut!

In Säckingen hatte sich eine stattliche Anzahl Arbeiterinnen eingefunden, und kann diese Versammlung als die bestbesuchte bezeichnet werden. Besondere Erwähnung verdient das Erscheinen der H. H. Geistlichen. Die Arbeiterinneen der Kommission waren nach dem Vortrag rührig an der Arbeit; um die Organisation noch mehr zu stärken, versprachen sie, in der Folgezeit Hausagitation zu machen. Die Kolleginnen wollen es nun selbst nicht mehr dulden, daß noch viele ihrer Mitarbeiterinnen unorganisiert sind. Hat man es doch in Säckingen ganz deutlich erfahren, daß nur durch die feste Führung der Organisation ein Erfolg errungen wird.

Am gleichen Tage fand noch eine Versammlung in Erzingen statt, die nach verschiedenen Richtungen er-

freulich war: Zahlreichen Besuch, Leitung durch den H. H. Präses des kath. Arbeiterinnenvereins, nachweisbare Erfolge durch Hausagitation und Erfolge in der Versammlung! Es verdient auch festgehalten zu werden, daß einige Kollegen und Kolleginnen durch herrlichen Gesang die Zusammenkunft verschönten.

In Unterlauchringen wäre es an der Zeit, daß die Arbeiterschaft energischer als bisher an der Besserung ihrer Lage arbeiten würde. Bei den dortigen Verhältnissen ist eine starke Organisation bitter nötig. — Die Versammlung verlief sehr anregend.

Die Kolleginnen in Wehr konnten sich an denen von Säckingen und Erzingen ein Beispiel nehmen. Dort wird in der Kommission zusammengearbeitet, um neue Kolleginnen zu gewinnen und die Lauen aufzurütteln. Halten es die Kolleginnen in Wehr auch einmal so, dann bleibt die Arbeit nicht an einer Einzelnen hängen. — Für denjenigen Teil der dortigen Unorganisierten, für den die Fabrikarbeit Nebenverdienst bedeutet, gilt folgender Satz, den ein erfahrener Ortspfarrer in einer Versammlung mal aussprach: „Wer da glaubt, es für sich selbst nicht notwendig zu haben, sich zu organisieren, soll es doch tun und zwar um der anderen willen — sie tun damit ein gutes, großes Werk!"

Von der Versammlung in Murg ist zu sagen, daß sie von den Unorganisierten ziemlich besucht war. Für diese wäre es weit vorteilhafter, wenn sie sich nicht allzulange besinnen würden, dem Verbande beizutreten. Oder wollen sie noch warten, bis ihre Lage noch mehr gedrückt ist??

Zwei Orte sind es, im wildromantischen und doch reizvollen Gebiet der Alb, die ebenfalls Textilbetriebe bergen: Tiefenstein und Görwihl. Die Organisation ist noch jung. Und doch dringt sie in immer weitere Kreise der Arbeiterschaft ein. Dafür sorgen schon einige tüchtige Kolleginnnen, die in beiden Orten vertreten sind. In beiden Orten brachte die Versammlung schönen Erfolg.

Die Situation am Oberrhein ist folgende: Durch den Bau einer Anzahl großer Elektrizitätswerke ist für die nächste Zukunft eine riesige Entwicklung der Gesamt- und speziell der Textilindustrie möglich. Da ist es ein dringendes Gebot, für Verbreitung des christlichen Gewerkschaftsgedankens zu sorgen.

Im Bodenseegebiet sind an folgenden Orten Versammlungen abgehalten worden: Bohlingen, Arlen, Volkertshausen, Stockach, Singen und Radolfzell. An diesen Orten ist für den Verband viel Gelegenheit zum Werben neuer Mitglieder. Die Verhältnisse schreien förmlich nach Organisation. Wäre durch Klagen und Jammern allein etwas zu ändern — dann müßte dort vieles anders sein.

Seit Einführung des Zehnstundentages klagt die Arbeiterschaft in den verschiedenen Webereien über Abzüge auf 3 und 4 Stühlen. Während bis dahin die Stück auf allen Stühlen gleich bezahlt wurden, waren die Lohnlisten einfach durch neue ersetzt worden, welche die Abzüge brachten. Die Arbeiterschaft selbst wurde nicht gefragt und auch nicht verständigt von der Sache. Arbeiterausschüsse, als lebendiges Bindeglied zwischen Firma und und Arbeiterschaft gibt es dort nicht. So sieht es an einzelnen Orten aus. Eine Arbeiterin (Vierstuhl-Weberin) teilte mir mit, daß sie im vorigen Jahre infolge der Abzüge 120 M. (Einhundertzwanzig Mark) weniger verdient habe, als wenn sie die gleiche Ware auf zwei Stühlen gemacht hätte!!

Die Zahltagzettel bieten Material zu einer interessanten Studie. Neben den selbstverständlichen Angaben über Lohnsummen und Versicherungsbeiträge gibt es eine Reihe von Abzügen für — Suppe, Gemüse, — Wohnung, — Holz und Kohlen! Ob diese Einrichtungen von den betreffenden Firmen in wirklich selbstloser Absicht getroffen sind, oder ob sie ein Mittel darstellen, die Abhängigkeit der Arbeiterschaft herbeizuführen, darüber kann der Zahltagzettel leider keine Auskunft geben. Das letztere ist wahrscheinlicher, denn ein Teil der Arbeiterschaft ist nicht so selbständig und energisch, wie es sich für einen echten deutschen Mann und für eine deutsche Arbeiterin geziemt.

Dennoch waren die Versammlungen im allgemeinen gut besucht. In Bohlingen sind tapfere Arbeiterinnen am Werke, um das Pflänzchen Organisation zu hegen und zu pflegen. Der H. H. Ortspfarrer, als Präses der Jungfrauenkongregation, fand warme Worte für die christliche Gewerkschaft.

Die Versammlung in Arlen war sehr gut besucht — im Hinblick auf die dortigen Verhältnisse. Es fand zum Schluß ein lebhafter Gedankenaustausch statt. Der Verband muß hier unbedingt noch größere Fortschritte machen.

Etwas weitab vom Verkehr liegt Volkertshausen. Der Betrieb, mit einigen Filialen verbunden, gehört mit zu denen, die alles andere, nur kein Paradies bedeuten. Die Leute sehen es auch allmählich ein, daß im Zusammenhalt allein die Kraft liegt. Das ist nach der Versammlung, die einen sehr schönen Verlauf nahm, deutlich zum Ausdruck gekommen.

Singen am Hohentwiel ist bekannt durch die weltberühmten Maggi-Erzeugnisse, die dort fabriziert werden. Weniger bekannt dürfte sein, daß sich dort auch eine Spinnerei befindet, deren Gesamtarbeiterschaft nicht gerade vorteilhaft charakterisiert wird. Vielleicht ist das aber ein Grund mit, weshalb diese bisher so wenig an der Hebung ihrer Lage gearbeitet hat. Zu einer vom christlichen Fabrikarbeiterverband einberufenen Versammlung kamen denn auch unsere Getreuen aus dem Spinnereibetrieb. Deren Zahl kann sich sehr wohl noch vermehren.

Eine Trikotweberei und Näherei hat in den zwei Filialen Stockach und Radolfzell eine große Zahl Arbeiter und Arbeiterinnen. Daß dort alles rosig erscheint, wagen Kenner der Verhältnisse nicht zu behaupten. Etwas mehr Selbständigkeit ist sehr vonnöten für die Arbeiterschaft — auch mehr Beschäftigung mit der Frage, wie sich die einzelnen untereinander am besten vorwärtshelfen können. In beiden Orten waren die Versammlungen befriedigend besucht. Der Weg der Organisationen ist vielen gewiesen worden. Jetzt ist ausschlaggebend, daß sie diesen beibehalten.

So ist wieder ein großes Stück Werbearbeit geleistet worden. Daß es am Oberrhein und im Bodenseegebiet voran geht, das beweisen deutlich die 50 Neuaufnahmen, sowie die Gründung einer neuen Ortsgruppe. Mögen diese Zeilen dazu beitragen, neben der Freude am Erreichten zugleich die Freude an der Weiterarbeit zu erhöhen.

Allen Freunden unserer christlichen Gewerkschaftsarbeit, besonders den H. H. Geistlichen für die Besuche der Versammlungen und die anregenden Worte freundlichen Dank.

F. H.

---

## Berichte aus den Ortsgruppen.

**Bautzen.** Die „mutigen" Genossen. Anläßlich der am 12. November getätigten Wahl der Ausschußmitglieder zur allgemeinen Ortskrankenkasse wurden die Herren Obergenossen in ihrer selbstherrlichen Ruhe aufgeschreckt, haben doch die christlich-nationalen Arbeiter sich mit Erfolg an den Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse beteiligt. Ein von christlich-nationaler Seite herausgegebenes Flugblatt, in welchem festgestellt wurde, daß die Sozialdemokratie im Reichstag stets gegen die Sozialgesetzgebung stimmte und trotzdem sich als die einzig richtige Vertretung empfiehlt, brachte manchen rabiaten Genossen in stille Wut. Doch im Lager der Sozialdemokraten tröstete man sich damit, daß die Liste 2 der Christen gar nicht in Frage komme, als aber das Resultat der Wahl bekannt wurde, da waren sie geplatzt. Vier christliche Vertreter und acht Ersatzmänner erhielten wir, trotz des unfairen Kampfes der Genossen. Bereits am 15. November berichtete das Leiborgan der Gewerkschaftssozialisten (Zittauer Volkszeitung) von einem Sieg der Schwarzen. Der Artikler mühte sich ab, Tatsachen aus der Welt zu schreiben, was natürlich vergebliches Bemühen ist. Da aber nun die „bösen Christen" auch zur Gewerbegerichtswahl, die bereits am 18. November stattfand, ebenfalls eine Liste eingereicht hatten, mußte schon was unternommen werden. Es wurde eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung für den 17. November mit dem Thema: „Die Bedeutung der Gewerbegerichtswahlen und die schmutzige Kampfesweise der Christlich-nationalen" einberufen. Dazu hatte man sich den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Winkler-Dresden verschrieben, der sich nun in ¾stündiger Rede abmühte, die Christlichen als Unternehmergünstlinge, Streikbrecher usw. hinzustellen, daß dagegen die Genossen nur rückgratfeste Männer seien. Da wir eine briefliche Einladung erhielten mit der Aufforderung, uns zu rechtfertigen, ging auch eine ganz nette Anzahl christlicher Gewerkschaftskollegen mit Arbeitersekretär Schaag zur Versammlung. Derselbe erhielt als erster das Wort und stellte fest, daß er geglaubt habe, in eine „freie" Gewerkschaftsversammlung zu kommen. „Wir Sozialdemokraten, wir von der sozialdemokratischen Liste" usw. hätten die Worte des Herrn Winkler gar oft gelautet; hieran erkenne man am besten das wahre Gesicht der freien, in Wirklichkeit sozialdemokratischen Gewerkschaften. Auch hätten die christlich-nationalen Gewerkschaftler gar keine Ursache, sich zu rechtfertigen, da selbst Herr Winkler nicht bestritten hätte, daß die Sozialdemokratie gegen die Sozialgesetzgebung gestimmt und die Vertreter sozialdemokratischer Richtung auch in der hiesigen Kasse für die Beitragserhöhung und Herabsetzung der Kassenleistungen gestimmt haben. Ferner führte Arbeitersekretär Schaag den Herren Genossen vor Augen, wo die Streikbrecher und Unternehmergünstlinge sind. Nach den Berichten ihrer eigenen Presse nämlich im sozialdemokratischen Lager. Auch wäre es mit der Rückgratfestigkeit der Genossen nicht weit her, denn wenn Beisitzer dieser Richtung während der Gerichtsverhandlung schlafen (Düsseldorf), so zeuge das von einer sonderbaren Rückgratfestigkeit. Die Worte des Kollegen Schaag waren den Herren Genossen sehr unangenehm, das zeigte sich vor allem darin, daß er mehrmals unterbrochen wurde im Reden durch den Versammlungsleiter. Der Beifall, der ihm jedoch gezollt wurde, bewies, daß die Zahl der christlich-nationalen Arbeiter gar nicht so klein war. Um nun schlimmeres zu verhüten und umso besser in Verdächtigungen gegen die „Christlichen" arbeiten zu können, beschlossen die Genossen, daß die christlichen Diskussionsredner nur von Bautzen reden dürfen, währenddem sie selbst von allem Möglichen und von allen Seiten Deutschlands darüber sprachen, was die „Christlichen" alles schon böses getan hätten. Unter diesen Umständen verzichtete auch Kollege Sparenberg vom christlichen Textilarbeiterverband aufs Wort.

Am 5. Dezember gaben die christlichen Arbeiter in einer öffentlichen Versammlung, zu der auch der sozialdemokratische Abgeordnete Winkler, die Genossen Müller und Räder geladen waren, die Gelegenheit, zu hören, was die christliche Gewerkschaftsbewegung erstrebt und was sie in Wahrheit ist. Die Tagesordnung lautete: „Die Bedeutung des dritten Deutschen christlich-nationalen Arbeiterkongresses für die deutsche Arbeiterschaft und was die Christlich-nationalen in der am 17. November stattgefundenen sozialdemokratischen Versammlung nicht sagen durften." Die Genossen, etwa 200 an der Zahl, waren mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten Winkler, Müller und Räder (Gewerkschaftsbeamte von hier) erschienen. Gleich nach Eröffnung der Versammlung verlangten die Genossen eine Umstellung der Tagesordnung, dem wir selbstredend nicht entsprechen konnten. Uebrigens wußten die Herren Genossen die Tagesordnung schon zwei Tage vorher, doch man suchte einen Grund, um seine Getreuen nach Hause senden zu können, denn es bestand doch die Gefahr, daß mancher angebliche Genosse wirklich aufgeklärt werden konnte. Die Herren Obergenossen hatten also Angst vor der eigenen Courage, und so schickten sie ihre Leute aus dem Saal. Das konnte unserer Sache jedoch keinen Abbruch tun, denn umso verständlicher sprach nun, nachdem der Tumult sich gelegt hatte, Gewerkschaftssekretär Otte aus Bocholt über den dritten Deutschen Arbeiterkongreß. Er schilderte in leicht verständlicher Art die Stellung des Kongresses zur Sozialgesetzgebung, zum Arbeitswilligenschutz, zum Koalitionsrecht, zur Lebensmittelteuerung, zur Wohnungsfrage und der Arbeitslosenfürsorge und wies den Anwesenden nach, daß die christlich-nationale Arbeiterschaft zu all diesen Fragen eine Stellung einnimmt, die im Interesse der Arbeiterschaft und des Volksganzen liegt. Nicht mit Phrasen wurde auf dem Kongreß gearbeitet, sondern mit Tatsachen, und an der christlich-nationalen Arbeiterschaft liege es nun, ihre Reihen zu stärken. Der Beifall der Anwesenden bewies, daß sie mit dem Referenten bezügl. dessen Ausführungen einig waren. Im Anschluß an diesen Redner sprach als zweiter Gewerkschaftssekretär Sparenberg-Dresden, welcher vor allem die demagogische Kampfesweise der Sozialdemokraten schilderte. Er verstand es in geschickter Weise, die Anschuldigungen der Genossen zu zerpflücken und zeigte der Oeffentlichkeit, daß die christliche Arbeiterschaft viel eher Ursache hätte, sich über die schmutzige Kampfesweise der Genossen zu beschweren, die wohl das große Wort riskieren, wenn sie die nötigen Massen ihrer Richtung hinter sich haben, wenn sie in den Versammlungen bestimmen können, sonst aber, wie auch in dieser Versammlung feige kneifen. Gesamtverbandssekretär Voigt-Dresden und Sekretär Gey vom evangelischen Arbeiterverein und Kollege Mader vom christlichen Holzarbeiterverband sagten den Anhängern der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung noch manche Wahrheiten, die sie sich wohl merken werden. Bezeichnend für den Mut der Genossen ist, daß keiner sich zu Wort meldete, denn trotzdem sie nach Hause geschickt wurden, fand sich ein Teil wieder ein, darunter auch der sozialdemokratische Gewerkschaftsbeamte Müller-Bautzen und sonstige führende Genossen. Arbeitersekretär Schaag führte zum Schluß der Versammlung aus, daß die Genossen noch einige Tage vorher schrieben, sie wollten den Christen die Maske vom Gesicht reißen, dieses sei stets ein Ding der Unmöglichkeit, da die christliche Arbeiterschaft keine Maske brauche und stets mit ehrlichen Waffen kämpfe. Heute jedoch hätte die christliche Arbeiterschaft den Genossen die Maske der Heuchelei vom Gesichte gerissen. Sozialdemokratische Führer sind es, die sich gerichtlich bestätigen lassen mußten, daß sie Arbeiterverrat und Teufeleien begangen hätten. Mit einem dreifachen Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung, in das begeistert eingestimmt wurde, schloß der Vorsitzende die öffentliche Versammlung.

Den Bautzener Kollegen und Kolleginnen rufen wir an dieser Stelle zu: Seid mehr auf dem Posten; so mancher Kollege und manche Kollegin fehlte, die hätten da sein können, die sich mit den anderen gefreut hätten, wenn sie es miterlebt hätten, wie wir vor der breiten Oeffentlichkeit unsere Anschauungen vertraten und dem Gegner zeigten, daß wir unsere Rechte zu wahren verstehen. Mehr gewerkschaftliches Interesse muß unter der christlichen Arbeiterschaft Platz greifen in Bautzen, denn Einigkeit stärkt unsere Reihen. Jede Mitgliederversammlung und gewerkschaftliche Veranstaltung muß beachtet werden, damit neues und reges Leben einziehen kann. Den Gegnern zum Trutz, uns zu Nutz.

**Gera** (Reuß). Der ehemalige hiesige Geschäftsführer des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, Max Krause, der auch Mitglied des Gemeinderats war und vor einigen Wochen, der Not gehorchend, ausscheiden mußte, wurde am Dienstag, den 9. Dezember d. J., vom Schöffengericht wegen Unterschlagung zu 500 M. Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte Krause hat nämlich das Betriebskapital der Geschäftsstelle Gera verzinslich auf sein eigenes Risiko angelegt und auf diese Weise sich etwa 750 M. Gewinn verschafft. Es wurde ihm die Anweisung übergeben, daß das Geld verzinslich anzulegen ist, er sagte sich aber, was er mit dem Gelde mache, gehe niemand was an.

**Gera** (Reuß). Unsere Mitgliederversammlung vom 11. Nov. hätte besser besucht sein können. Auf der Tagesordnung stand zunächst eine Aussprache über unser Unterstützungswesen. In letzter Zeit sind unter unseren Mitgliedern verschiedene Mißverständnisse hierüber vorgekommen, weshalb Kollege Melcher einige Aufklärungen hierzu gab. Aus dem Bericht vom dritten Quartal ging hervor, daß unsere Ortsgruppe an Arbeitslosenunterstützung 77,10 M. und an Krankengeld 55,45 M. zur Auszahlung brachte. Die Abrechnung wurde für richtig erklärt. Die im Januar 1914 stattfindenden Krankenkassenwahlen fanden eine lebhafte Erörterung. Kollege Steingrüber gab einen kurzen Bericht über die bisher getätigte Arbeit. Es hat sich ein Ausschuß gebildet, dem unsere Ortsgruppe anfänglich beigetreten ist. Die Zusammensetzung sowie die Tätigkeit dieses Ausschusses fanden bei den Anwesenden aber so wenig Zustimmung, daß der Ortsgruppenvorstand erwägen soll, ob eine weitere Beteiligung unsererseits wünschenswert erscheint.

Zum Schlusse sprach Kollege Melcher über „Röhling und seine Broschüre". Mit großem Interesse folgten die Anwesenden den Ausführungen und sprachen ihre Befriedigung über die vom Zentralvorstand unternommenen Schritte aus. Unter Punkt Verschiedenes wurde die Abhaltung eines kleinen Familienabends beschlossen.

**Greiz** (Vogtland). Eine sehr wichtige Versammlung hielt unsere Ortsgruppe am 30. November ab. Kollege Rödel erstattete den Bericht vom dritten Quartal, wonach an Arbeitslosenunterstützung 227,10 M., an Krankengeld 249,40 Mark und an Sterbegeld 75,00 M. zur Auszahlung gelangten. In Summa also 551,10 M. Es sind demnach rund 40% der Einnahmen für die Zentralkasse den Mitgliedern wieder zugeflossen. Dem Kassierer wurde für seine Mühewaltung Entlastung erteilt. Darauf referierte Kollege Melcher über „unsere Stellung zur Freigabe des Sonnabendnachmittags". In seinen Ausführungen bezeichnete er die Aktion des deutschen Textilarbeiterverbandes als eine rein agitatorische Maßnahme für seinen Verband selbst. Dafür lassen sich eine ganze Anzahl Beispiele anführen. 1. Hat der deutsche Verband in früheren Jahren eine andere Stellung eingenommen. 2. Hat er diesmal nicht die vollkommene Geschlossenheit der Arbeiterschaft gesucht, indem er keine Verständigung mit den anderen Zentralverbänden anstrebte. 3. Erscheint die gegenwärtige Zeit infolge des schlechten Geschäftsganges als zur Durchführung einer derartigen Aktion zu ungünstig. Unser Verband steht einer Bewegung zur Freigabe des Samstagnachmittags durchaus sympathisch gegenüber, wie er ja überhaupt stets eine Verkürzung der Arbeitszeit anstrebt. Die Diskussion, die sich vollständig im Sinne des vorgetragenen Referats bewegte, zeigte, daß Ortsgruppenführung und Mitgliedschaft sich in dieser Frage einig sind.

Sehr lehrreich waren die nun folgenden Ausführungen des Kollegen Kanis über das Thema: „Organisierte Arbeiterschaft und Teuerung". An Hand von statistischem Material zeigte Kollege Kanis die fortgesetzte Steigerung der Lebensmittelpreise, der er die Steigerung der Löhne entgegensetzte. Dabei stellte sich heraus, daß die letztere mit den Lebensmittelpreisen nicht gleichen Schritt gehalten hat. Nachdem Kollege Kanis noch die verschiedensten Ursachen der Teuerung erwähnte, konnte er den ersten Teil seines Vortrages beenden. Der zweite Teil, der sich hauptsächlich mit den Maßnahmen der organisierten Arbeiterschaft befassen wird, ist für eine spätere Versammlung vorgesehen. Lebhafter Beifall belohnte den Referenten für seine nicht geringe Mühe.

Unter Verschiedenes kam eine lebhafte Aussprache über „Neuerscheinungen im Greizer Organisationsleben" zustande. Ueber dieses Thema soll in nächster Zeit ein aufklärender Artikel in unserem Organ erscheinen. Bemerkt sei hierzu schon, daß unsere Kollegenschaft auf das Entschiedenste einer Neuerscheinung, die einen gelben Anstrich hat, ablehnend gegenübersteht.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten fand die interessant verlaufene Versammlung ihr Ende.

**Rheine.** In der Generalversammlung der Ortsgruppe am 21. Dez. 1913 gab Kollege Artkötter zunächst den Geschäftsbericht. Die Lage auf dem Wirtschaftsmarkte im allgemeinen und die Lage der Textilindustrie im besonderen wurde dargelegt und die Ausführungen mit einem interessanten Zahlenmaterial belegt. Die Entwicklung der Ortsgruppe berechtigt zu besten Hoffnungen, die Mitgliederzahl konnte um ein beträchtliches gesteigert werden. Es haben stattgefunden 15 Mitgliederversammlungen, 18 Vorstands-, 14 Vertrauensmännersitzungen und 8 Fabrikversammlungen. Bei den Krankenkassenwahlen sind eine ganze Anzahl unserer Mitglieder sowohl als Ausschuß- als auch als Vorstandsmitglieder gewählt worden. Im letzten Quartal, wo das Sekretariat auf die Ortsgruppen Borghorst, Metelen, Neuenkirchen, Rheine und Ibbenbüren ausgedehnt ist, hat der Sekretär an 76 Versammlungen, Konferenzen und Besprechungen teilgenommen. Auskünfte wurden 51 erteilt und 16 Schriftsätze angefertigt. Eingegangen sind 36 Briefe, 26 Karten, 50 Drucksachen und 17 Pakete. Ausgegangen 95 Briefe, 152 Karten, 18 Drucksachen und außerdem 19 Zeitungsartikel für Lokalpresse und Fachorgane. In dem jetzt zu Ende gehenden Jahre hat der Sekretär an 271 Versammlungen, Konferenzen und Besprechungen teilgenommen, 155 Auskünfte wurden erteilt und 61 Schriftsätze angefertigt. Eingegangen sind in diesem Zeitraume 162 Briefe, 90 Karten, 143 Drucksachen und 79 Pakete. Ausgegangen 346 Briefe, 704 Karten, 318 Drucksachen und 78 Zeitungsartikel. Selbstverständlich hängt ein Teil der Tätigkeit mit der Eigenschaft des Sekretärs als Kartellvorsitzender, als Vorstandsmitglied des Arbeitervereins, als Mitglied des Windthorstbundes, des Kreuzbündnisses und als Ehrenmitglied der sozialen Studentenvereinigung zusammen. Bei der dann vorgenommenen Vorstandswahl wurden die Kollegen Wilh. Puin und Arbeitersekretär Buskamp wieder- und die Kollegen Fried. Schilling und Gerh. Meier neugewählt. Dem Kartellbericht ist besonders zu entnehmen, daß am 11. Jan., nachmittags 5 Uhr, im Gesellenhause eine Mitgliederversammlung für sämtliche Berufe stattfindet und am 19. Januar im Paulushause ein Volksbildungsabend, wozu in liebenswürdiger Weise der Arbeiterverein das Kino zur Verfügung gestellt hat. Sodann fand die Wahl der Kartelldelegierten statt. Ueber die Differenzen zwischen Aerzten und Krankenkassen wurde noch in eingehender Weise referiert, woran sich eine rege Diskussion anschloß. Mit Dankesworten an die alten Vorstandsmitglieder für ihre bisherige Tätigkeit wurde dann die Versammlung geschlossen.

**Stuttgart.** Bös blamiert haben sich die Residenzsozialdemokraten bei den Wahlen zum Ausschuß und dem Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Stuttgart. Diese Kasse ist die größte in Württemberg, und mit ihren 140000 Versicherten umschließt sie nahezu 1/4 aller gegen Krankheit versicherten Personen im ganzen Königreich. Es ist deshalb begreiflich, daß die Sozialdemokraten allerhand Anstrengungen machten, um sich zu behaupten. Aber trotz Anwendung der verwerflichsten Mittel auf jener Seite ist es der christlich-nationalen Arbeiterschaft gelungen, eine ganz ansehnliche Position zu erringen. Als das Wahlresultat bekannt wurde — 8027 Stimmen für den Verein für Arbeitervertreterwahlen und 31477 für die freien Gewerkschaften — da gab es im Sozilager allgemeine Verblüffung. Die Tagwacht schrieb nach der Wahl: „Bei der Wahl zur Allgemeinen Ortskrankenkasse überraschte allgemein die hohe Stimmenzahl des christlich-nationalen Mischmasches.“ An anderer Stelle jammerte ein Genosse in der Tagwacht: „Wer hätte vor Jahren geglaubt, daß Stuttgart der Boden ist für christlich-nationale Bestrebungen in Arbeiterkreisen, wie wir sie bei dieser Wahl beobachten konnten. Für die moderne Arbeiterbewegung Stuttgarts sind die Ergebnisse der Krankenkassenwahl kein erfreuliches Zeichen, sorgen wir dafür, daß es besser, nicht noch schlimmer kommt.“ Um nun die erlittene Schlappe einigermaßen wieder gut zu machen wurde beim Versicherungsamt die Verteilung der Sitze im Ausschuß beanstandet. Hier erlitten die Genossen eine glatte Abweisung. Nun wandten sie sich in ihrer Not ans Oberversicherungsamt, aber auch hier wurde ihnen das gleiche Schicksal zu teil. Nun blieb kein anderes Mittel mehr übrig, als die von den christlich-nationalen Organisationen gewählten Ausschußmitglieder selbst in Bearbeitung zu nehmen. Flugs wurde ein Zirkular angefertigt, in welchem unsere Ausschußmitglieder förmlich anbettelt wurden, doch nicht die von uns vorgeschlagenen Vorstände, sondern die Herren Genossen zu wählen. Die nämlichen Ausschußmitglieder, welche kaum einige Wochen vorher von der Tagwacht als Streikbrecher beschimpft wurden, werden nun von Führern der freien Gewerkschaften angebettelt, doch ja bei der Wahl einen Sozizettel abzugeben. Ja, ja, die Zeiten ändern sich! Unsere Ausschußmitglieder waren gemütvoll genug, den Sozizettel in den — Papierkorb zu befördern. Schade!

**Zell i. W.** Reges Leben in der Ortsgruppe. Daß in dem Industriestädtchen Zell in dem christlichen Textilarbeiterverband reges Leben herrscht, das hat die am 14. Dezember stattgefundene Generalversammlung wieder gezeigt. Die zahlreiche Beteiligung der Kollegen und Kolleginnen bekundete das rege Interesse der Mitglieder zum Verbande. Die Tagesordnung hatte neben anderen zwei besonders wichtige Punkte aufzuweisen: 1. Vorstandswahlen, 2. das Referat unseres Lokalbeamten, Kollegen Karl Wuchner aus Lörrach.

Nach Ernennung einer Wahlkommission übernahm Kollege Philipp Sütterle den Vorsitz. Die geheime Wahl ergab das Resultat der einstimmigen Wiederwahl unseres 1. Vorsitzenden Joseph Bundt, sowie der seitherigen Schriftführerin Katharina Reiser. Da der 2. Vorstand, Joseph Wagner I. sich schriftlich erklärt hatte, eine Wiederwahl nicht mehr annehmen zu können, so wurde an seine Stelle Kollege Leopold Waßmer mit Stimmenmehrheit gewählt. Sichtlich erfreut über das Vertrauensvotum der Kollegen und Kolleginnen erklärte sich der Vorstand sowie die Schriftführerin bereit, die Wahl anzunehmen, auch der neugewählte 2. Vorstand versprach nach besten Kräften mitzuarbeiten. Das interessante Referat des Kollegen Wuchner „Ueber die Krisis und die Arbeitslosigkeit in der deutschen Textilindustrie“ rief unter den Anwesenden die größte Aufmerksamkeit hervor. Er wies u. a. auf die verschiedenen Gründe hin, wodurch die Krisis der Arbeitslosigkeit entstehe. Z. B. Verteuerung der Rohstoffe, die hohen Prozentsätze der Banken, die Mißernten der Landwirtschaft, sodann das Heranziehen ausländischer Arbeiter seitens verschiedener Arbeitgeber, ebenso die Abwanderung von dem Lande nach den Großstädten sei bedenklich, deshalb sei es auch unsre Pflicht, in der Organisation dafür zu sorgen, daß eine einheitliche Nachweisstelle geschaffen werde. Deshalb verlangen wir Schutz der nationalen Arbeit durch Regierung und Parlament. Hinweisend auf die traurigen Vorkommnisse in sittlicher und moralischer Beziehung durch die Arbeitslosigkeit erklärte der Redner, daß es nicht nur für uns zu denken gebe, sondern auch für Staat und Gesellschaft. Der Deutsche Arbeiterkongreß zu Berlin habe Notstandsarbeiten verlangt, Maßnahmen gegen den freien Zuzug ausländischer Arbeitskräfte. Die Arbeitsnachweise sollen eine einheitliche Regelung erfahren und sich auf das ganze deutsche Reich erstrecken. An den badischen Landtag seien vom Verband der christlichen Gewerkschaften in Gemeinschaft mit den konfessionellen Arbeiter- und Gesellenvereinen Petitionen bezüglich der Arbeitslosenfürsorge geschickt worden. Zum Schluß fordert Kollege Wuchner die Mitglieder auf, dem Verbande treu zu bleiben. Jetzt gelte es zu zeigen, daß wir nicht opferscheu, sondern bereit seien, unsere Pflichten als Kollegen und Kolleginnen zu erfüllen. Der Referent erntete für seine Ausführungen reichen Beifall. Nach dem auch der gemütliche Teil zu seinem Recht gekommen war, schloß Kollege Bundt die schön verlaufene Generalversammlung.

## Juristischer Briefkasten.

**R. V. Voigtland.** Nachdem die Frau zur Herstellung der ehelichen Gemeinschaft verurteilt worden ist, muß der Ehemann, wenn sie zurückkehren will, sie wieder aufnehmen. Tut er das nicht, so kann er wegen des Verlassens nicht mehr Scheidung verlangen. Auch muß er sie in diesem Falle unterhalten.

Die Sache wird allerdings anders, wenn Deine weitere Angabe stimmt. Weigert sich die Frau beharrlich, das zu zu tun, ohne daß sie dazu einen hinreichenden Grund hat (z. B. Krankheit), so ist das wiederum ein Scheidungsgrund. Dann braucht der Ehemann, auch wenn er sich nicht scheiden läßt, die Frau nicht bei sich aufzunehmen und sie auch nicht zu unterhalten.

## Versammlungskalender.

**Barmen.** 24. Januar, 8½ Uhr, bei Mertin, Parlamentstr. 1, ordentliche Generalversammlung.
**Bettrath.** 18 Januar, 6 Uhr, im Kinosaale des Herrn Loers, Generalversammlung.
**Borghorst.** 11. Januar, 11 Uhr Vertrauensmännerversammlung. — 15. Januar, abends ½7 Uhr Mitgliederversammlung Beide bei Dwersteg.
**Burbach.** 11. Januar, ½7 Uhr, im Hirschen, Generalversammlung.
**Burgwaldniel.** 25. Januar, 5½ Uhr, bei Jakob Klüfer Generalversammlung.
**Busenbach.** 17. Januar, 7 Uhr, bei Engel Generalversammlung.
**Delmenhorst.** 25. Januar, 4 Uhr, bei Heinrich Ackermann, am Bahnhof, Generalversammlung.
**Ettlingen.** 18. Januar, 3 Uhr, bei Wattberg, Generalversammlung.
**Euenheim-Wissirchen.** 18. Januar, 5 Uhr, bei Eversheim außerordentliche Versammlung.
**M.-Gladbach-Eicken.** 17. Januar, 8 Uhr, bei Christian Gates, Alsstraße, Generalversammlung.
**M.-Gladbach-Hardterbroich.** 17 Januar, ½9 Uhr, bei Hubert Paggen, Mühlenstr., Generalversammlung.
**Greiz** (Vogtland). 11. Januar, ½4 Uhr, in Gollas Lokal, Hohe Gasse, Jahreshauptversammlung.
**Hardt.** 18. Januar, 9½ Uhr, bei Gustav Neyen Generalversammlung.
**Hehn.** 18. Januar, 6 Uhr, bei Esser, Familienabend.
— 25. Januar, ¼11 Uhr, bei M. Bösch, Generalversammlung.
**Holt.** 10. Januar, 8½ Uhr, bei David Aretz, Generalversammmlung.
**Hösen.** 18. Januar, 5 Uhr, im Lokale Chavet, Generalversammlung.
**Jöllenbeck.** 18. Januar, 4 Uhr, bei Repohl Generalversammlung.
**Jüchen.** 18. Januar, 11 Uhr, bei Ad. Kremer, Generalversammlung mit Vorstandswahl.
**Langensteinbach.** 10. Januar, 8 Uhr, im grünen Baum, Generalversammlung.
**Luckenwalde.** 11. Januar, 4 Uhr, bei Otto Münnich, große Generalversammlung.
**Oberforstbach.** 11. Januar, 5½ Uhr, bei Cornel Herrf, Generalversammlung.
**Rheindahlen.** 18. Januar, bei Döcker (oben) Generalversammlung.
**Rheydt.** 25. Januar, 10½ Uhr, in der Bürgergesellschaft (Bahnhofhotel), Generalversammlung.
**Schöllbronn.** 11. Januar, ½3 Uhr, in der Krone, Generalversammlung.
**Spielberg.** 18. Januar, 7 Uhr, in der Traube Generalversammlung.
**Viersen.** 18. Januar, 6 Uhr, bei Heutgens Generalversammlung.
**Weiden b. Aachen.** 11. Januar, 11 Uhr, bei Peter Courth.

## Im Namen des Königs!

**In der Privatklagesache**

der Gewerkschaftssekretäre Ewald Weber und Arnold Hamacher, beide in Aachen, Pontstraße 561,

Privatkläger,

gegen den am 16. September 1880 in Edelweiler O. A. Freudenstadt geborenen, in Göppingen wohnhaften verheirateten Redakteur

Johann Georg Rohrer,

Angeklagten,

wegen Beleidigung

hat das Königliche Schöffengericht zu Göppingen in der Sitzung vom 10. Dezember 1913, an welcher teilgenommen haben:

Amtsrichter Dr. Stierle
als Vorsitzender,
Gutspächter Waggerhauser in Filseck,
Jakob Ernst, Wagnermeister in Großeislingen
als Schöffen,
Notariatspraktikant Müller
als Gerichtsschreiber,

für Recht erkannt:

**Der Angeklagte wird wegen eines Vergehens der Beleidigung zu der Geldstrafe von**

**sechzig Mark,**

im Uneinbringlichkeitsfall zu der Gefängnisstrafe von zehn Tagen und zur Tragung der Kosten des Verfahrens einschließlich der den Privatklägern erwachsenen notwendigen Auslagen verurteilt.

Den Privatklägern wird die Befugnis zugesprochen, den verfügenden Teil des Urteils binnen 14 Tagen nach Zustellung einer Ausfertigung des rechtskräftigen Urteils in der Freien Volkszeitung in Göppingen in demselben Teil und in der Schrift, wie der Abdruck der Beleidigung geschehen, ferner in der Gmünder Remszeitung, im Volksfreund in Aachen und in der Textilarbeiterzeitung in Düsseldorf auf Kosten des Angeklagten öffentlich bekannt zu machen.

Die Richtigkeit der Abschrift der Urteilsformel wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Urteils bescheinigt.

Den 30. Dezember 1913.

Gerichtsschreiberei
(LS.) Königl. Amtsgerichts Göppingen
Müller.

Vorstehende Abschrift beglaubigt

Rechtsanwalt Dr. Delder.

## Sterbe-Tafel.

†

Es starben die Verbandsmitglieder:

**Heinrich Hauptmann in Dülken.**
**Heinrich Jungkamp in Bocholt.**
**Michael Haas in Aachen-Burtscheid.**
**Heinrich Ringen in Düren.**
**Heinrich Kanis in Greiz.**
**Josef Grosch in Fulda.**
**Hermann Klauke in Sommerfeld.**
**Hermann Scheiges in Neuwerk.**
**Hubert Jansen in M.-Gladbach.**

**Ehre ihrem Andenken!**

## Literarisches.

**Kalender für Bandweberei, Flechterei und Posamentenfabrikation.** Jahrgang 1914. Bearbeitet von O. Both und M. Krifftep, Fachlehrer an der Preuß. Höheren Fachschule für Textilindustrie zu Barmen. Preis in Ganzleinen geb. M. 0.90 (Leipzig, Dr. Max Jänecke, Verlagsbuchhandlung).

Dieser neue Kalender wendet sich im Gegensatz zu den Kalendern für die Textilindustrie im allgemeinen an einen enger begrenzten Kreis. Durch diese Beschränkung auf die Spezialgebiete Bandweberei, Flechterei und Posamentenfabrikation ist eine eingehendere Behandlung dieser Fabrikationen ermöglicht worden, sodaß der handliche Kalender dem Fachmannn mehr Wissenswertes bietet, als er sonst findet. Ferner ist dadurch der Kalender auch wirklich ein Taschennotizkalender geblieben und Umfang und Gewicht ermöglichen es, ihn ständig in der Tasche mitzuführen, ohne ihn als lästig zu empfinden. Der vorliegende erste Jahrgang behandelt die Grundlagen der Industrie. Wir finden hier außer dem Terminkalender auf gutem Schreibpapier eine eingehende Darstellung der verschiedenen Bindungen für Bänder, ferner der gebräuchlichsten Flechtmaschinen der Besatzindustrie, weiter ein Kapitel über Aufstellen und Richten (Montieren) des Bandstuhles, ein Kapitel über die Garne mit Gewichtstabellen zur Kalkulation und die Darstellung eines Verfahrens zur Ermittelung der Nummer (Titre oder Denier) des Seidenfadens und den Prozentsatz der Seidenerschwerung. Fracht- und Posttarife, Gerichtskosten und Anwaltsgebühren, Maße und Gewichte und Umrechnungstabellen und andere Notizen sowie einige Tafeln Patronenpapier bilden den Schluß des Kalenders, den wir allen Interessenten nur empfehlen können. Während in dem vorliegenden Jahrgang naturgemäß die Grundlagen der Industrie behandelt sind, sollen die folgenden Kalender mehr über die wichtigsten Fortschritte berichten, sodaß sich die einzelnen Jahrgänge zu einem Jahresbericht über die Industrie ausbilden und als solche dauernden Wert behalten.

## Inhaltsverzeichnis.

Hoffnung. — **Artikel:** Eine glänzende Rechtfertigung. — Zur Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie. — Kongreß für Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege. — Friede im Krankenkassenstreit. — **Feuilleton:** Die Webleiste. — **Allgemeine Rundschau:** Verschleppung im Röhling-Prozeß? — Entlarvt. — Ein Bischof zur Gewerkschaftsfrage. — Dr. August Erdmann. — Herr Kloos „berichtigt“. — Ein vernünftiger Grundsatz. — Dummer Quark. — Deutschlands Stellung im Welthandel. — Rückgang des Branntweinverbrauchs. — Für und wider das Koalitionsrecht. — Kolleginnen, der neuen Arbeit entgegen. — **Aus unserer Industrie:** Die Textilindustrie im Jahre 1913. — Kartellfragen in der Textilbranche. — „Bevorstehende Vertrustung in der Bandindustrie.“ — **Aus dem Verbandsgebiete:** Zur gefl. Beachtung. — Aus unseren Bezirken: Zur Betriebseinschränkung in der elsässischen Textilindustrie. — Werbearbeit am Oberrhein und in der Bodenseegegend. — Berichte aus den Ortsgruppen: Bautzen. — Gera. — Greiz. — Rheine. — Stuttgart. — Zell. — Juristischer Briefkasten. — Versammlungskalender. — Im Namen des Königs! — Sterbe-Tafel. — Literarisches.

**Mitglieder,**
**agitiert für den Verband!**